

Elbecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Elbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu bezahlen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgepaßte Zeitseite oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anzeige für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 64.

Donnerstag, den 16. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein türkischer Schlag gegen die Krankenkassen.

II.

Bei den Verhandlungen in der Reichstagskommission traten in der ersten Lesung nur die Konservativen und Nationalliberalen für die Regierungsvorlage ein. Das ist um so bemerkenswerter, als sich nun kurz vor Abschluß der Verhandlungen in der Kommission Freisinnige Volkspartei und Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen zu dem türkischen Schlag vereinigten, der das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter aufhebt. Bemerkenswert für die Stellung des Zentrums gegen frühere Erklärungen maßgebender Personen ist eine Äußerung des Abg. Giesberts auf dem Zentrumsparlament am 18. Oktober 1908 in Neuss. Giesberts wies auf die Gefahr hin, die mit der Reform der Arbeiterversicherung verknüpft sei und fuhr dann fort:

„Man strebe dahin, bei den Krankenkassen die Zweidrittelmehrheit der Arbeiter zu beseitigen und zu bestimmen, daß die Arbeiter zwar nur die Hälfte der Kosten tragen, dafür aber auch den Vorstand nur zur Hälfte bezeichnen sollen. Die Kassenvorstände sollen nicht mehr gewählt, sondern von den Gemeinden angestellt werden; wir erhalten danach also kommunale Krankenkassen. Eine solche Bürokratisierung der Krankenkassen könnte man nicht wünschen. Die Regierung sage, man wolle es der Sozialdemokratie unmöglich machen, die Kassen parteipolitisch auszunutzen. Hier und da möge ein solcher Missbrauch stattgefunden haben, aber die Gerechtigkeit erfordert es, anzuerkennen, daß die von Sozialdemokraten verwalteten Kassen in ihren Leistungen nicht zurückstehen gegen andere Krankenkassen. Einer Ausnutzung zu parteipolitischen Zwecken würde ein wirksamer Riegel vorgehoben werden, wenn für die Vertreterwahl die Verhältniswahl festgelegt würde. Dann würde es einer Rückwärtsrevidierung der Versicherungsgesetze nicht bedürfen. Die Arbeiter legen Wert darauf, daß ihnen von den gewährten Rechten nichts genommen wird.“

Entgegen dieser Erklärung bekehrte sich in den letzten Sitzungen der Kommission Herr Becker, ein Arbeitersekretär der christlichen Gewerkschaften, zu der konservativen Auffassung, der Einfluß der Arbeiter, besonders bei der Wahl der Angestellten, müsse möglichst zurückgedrängt werden. Der Vertreter des Zentrums legte größeren Wert darauf, die eigentliche Ausübung der Verwaltungsgeschäfte in die Hände von Personen zu legen, die nur mit Zustimmung der Unternehmer gewählt werden dürfen. Mit dieser Änderung hatte man den gleichen Zweck erreicht, den die Vorlage beabsichtigte, nur was von diesen „Arbeitervertretern“ des Zentrums den Unternehmern die höhere Beitragsleistung erspart worden, die die Regierungsvorlage wollte. Ohne irgendwelche Kompensation schaltete man die Arbeiter fast gänzlich aus der Verwaltung aus! Aber nicht nur bei der Wahl der Beamten wurde der Einfluß der Arbeiter ausgeschaltet, auch bei Änderungen des Statuts sollte nach den Kommissionsbeschlußen ein übereinstimmendes Votum der Unternehmer und Arbeiter notwendig sein. Nachdem dieser verräterische Streich gegen die Arbeiter vom Zentrum unternommen war, entdeckte auch der Vertreter der Freisinnigen Volkspartei, Herr Dr. Mugdan, wieder seine Liebe zu den Kassenverwaltungen und schloß sich dem schwärzblauen Block und den Nationalliberalen zu gemeinsamer Aktion gegen die Kassenverwaltungen an.

Ehrlicher als diese zweifelhaften Volksfreunde erklärten schon die konservativen Redner, daß es für sie mehr eine politische Frage sei, daß die Krankenkassenverwaltung den Händen der Arbeiter entrissen werde. Es sei, führte ein konservativer Redner aus, eine eigenartige Sache, daß die Verwaltung einer Korporation, die mit öffentlich-rechtlichen Besitznissen ausgestattet sei, sich in den Händen von Sozialdemokraten befinden und von den Vertretern der Regierung wurde ganz offen bemerkt, es sei ein unledriger Zustand, daß beispielsweise an der Spitze einer so großen Kasse, wie der Leipziger Ortskrankenfalle, ein bekannter Sozialdemokrat stehe. Das sind die Grinde, die die Konservativen offen darlegten, die Liberalen aber in kluger Vorsicht für sich behielten, um die Arbeiter hinterlistig zu entkräften. Wie die Gründe aber auch waren: in der Sache stellte sich die Kommissionsmehrheit auf den Standpunkt der preußischen Politik: Sozialdemokraten dürfen keine einflußreiche Stellung in der Verwaltung öffentlicher Korporationen einnehmen, Sozialdemokraten für minderen Rechts.

Sehr interessant gestaltete sich auch die weitere Diskussion insoweit, als Graf Wessely im einzelnen darlegte, daß das Urteil in der Sache des Bürgermeisters

Schüding im wesentlichen die Grundsätze festlege, die künftig auch für eine Entlassung der Krankenkassenangestellten maßgebend seien. Obwohl nun die Freisinnige Volkspartei in der Presse und im Parlament gerade dieses Urteil wiederholt einer herben Kritik unterzogen hat, blieben die Vertreter dieser Partei in der Reichstagskommission bei dieser Ankündigung stumm, obgleich ihnen die Schlussfolgerung des konservativen Redners von sozialdemokratischer Seite noch einmal vorgehalten wurde. Es bestätigt sich auch hier die Erfahrung, daß die Maßnahmen, die den Herren von der Freisinnigen Volkspartei unangenehm sind, dann keinen Anlaß zur Abwehr geben, wenn sie der Sozialdemokratie gelten.

Noch einen Schritt weiter ging der Fortschritt mit dem schwärzblauen Block, indem auch der Vortrag seine Zustimmung fand, daß künftig Beamte lebenslänglich mit den Besitznissen eines Staatsbeamten in den Krankenkassen angestellt werden können. Das sind die Vertreter einer Partei, die sich wiederholt beklagen, daß in der städtischen Verwaltung die Aufsichtsbehörde im Dienste konservativer Einflüsse stehe. Die Herren haben kein Bedenken, die Arbeiterversicherung der gleichen Verwaltung zu unterstellen.

Damit aber nicht genug in der Benachteiligung der Arbeiter. Leichten Herzens opferte das Zentrum für die Landarbeiter überhaupt jede Annahme und jeden Einfluß an der Verwaltung der Krankenkassen. Den Großgrundbesitzern zuliebe verständigte man sich dahin, ihnen zu gestatten, eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen, wenn sie auch nur kurze Zeit mindestens 50 Arbeiter beschäftigen, eine Maßnahme, die dazu führen wird, daß die Landkrankenkassen von den kleinen Grundbesitzern erhalten werden müssen, während die großen, die Zahlungsfähigen, bei der Beitragsleistung ausschalten. Weiter würden ihnen die Vergünstigung zuteil, daß Ausländer, die erkranken und in die Heimat abgeschoben werden, mit einer einmaligen Entschädigung abgesunden werden können. Diese Entschädigungen werden wohl in der Regel so bemessen sein, daß sie nicht allzu groß und nicht zum Schaden des Großgrundbesitzers ausfallen. Vergleicht man mit diesem Schlag gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen die Stellung der bürgerlichen Parteien zu den Berufsgenossenschaften, so erscheint ihre Haltung noch skandalös. Jeder Versuch, an der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften eine Änderung vorzunehmen, stieß auf den nahezu einstimmigen Widerspruch der bürgerlichen Parteien. Die Absicht des ersten Entwurfs, bei der Unfalluntersuchung und Festlegung der ersten Renten die Arbeiter mit zu lassen, wurde abgelehnt, weil die Berufsgenossenschaften nicht wünschten, daß die Arbeiter zugezogen würden. Selbst die Bestimmung, daß bei der Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften Arbeiter mitwirken, mußte fallen, weil die Berufsgenossenschaften darin einen Eingriff in ihre Selbstverwaltung sahen. Die Unfallverhütung ist aber eines der wichtigsten Kapitel der Arbeiterversicherung, die dringend die Mithilfe der Arbeiter erfordert hätte. Eine Auseinandersetzung aus den Kreisen des Zentrums, wenigstens einen Arbeiter als Staffage mit in den Vorstand der Berufsgenossenschaft hineinzunehmen, verschwand sofort, als von der Regierung erklärt wurde, daß man den Berufsgenossenschaften eine solche Zumutung nicht stellen könnte.

Schon die Gegenüberstellung dieser Beschlüsse ergibt die einseitige Art, in der die Kommission die Interessen der Unternehmer gegen die der Arbeiter vertrat. So ist der Abschluß der Verhandlung in der Kommission ein gemeinsamer Vorstoß der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeitervertretung in den Krankenkassen, eine Verzichtsleistung auf die Mutterschaftsversicherung und ein Aufgeben großer Reformen. Das große Werk ist ein Paragraphengewirr, dem in der Kommission keine Klarheit gegeben, sondern im Gegenteil manche Schwierigkeit angehängt wurde. Wir sind überzeugt: die Entziehung der Arbeiter wird in der gesamten Arbeiterschaft die lebhaftesten Proteste hervorrufen.

Politische Rundschau

Dentland.

Zum Reichstage

fand am Mittwoch die sozialpolitische Generaldebatte ein gewaltiges Ende unter dem Fallbeil der Schlüsselkette. Die Sitzung war nach mattem Anfang — irgendwie gleichgültiger konservativer Graf hielt eine noch gleichgültigere Mittelstandsstimmungspause — äußerst lebhaft und stellweise bewegt. Herr Giesberts vom Zentrum machte den durch die Tatsachen zur Erfolglosigkeit verurteilten Versuch, seine Partei von den schweren und nur zu begründeten Anklagen zu reinigen, die unser Diskussionsredner vorgebracht hatte. Herrn Giesberts durch die Lungenkraft der Schwarzbuben unterstützter Angriff auf

Partei und Gewerkschaften wurde vom Genossen Sachse siegreich zurückgeschlagen. Keiner Fraktionsredner gab den Terrorismuszerstern in den verschiedenen bürgerlichen Parteien den Rat, einmal eine Besichtigung der in endloser Fülle und in städtischer Größe vorhandenen Balken auf bürgerlicher Seite vorzunehmen, ehe sie dem Proletariat gegenüber Splitterschere treiben. Der freisinnige Empfehlung unserer Revolution auf Erhalt eines Reichsbergbaugesetzes durch den Genossen Sachse schloß sich der Fortschrittsführer Göttheim, der überhaupt eine der besten und unbefriedigbar die freiheitlichste von allen Reden hielt, die in dieser Session auf bürgerlicher Seite gehalten wurden sind. Der nunmehr folgende Redner, der Pole Waidia, gestaltete nach unbekanntem Anfang und unter stetem Ringen mit der deutschen Sprache seine Ausschüttungen zu einer wuchtigen und packenden, teilweise bis zur glühenden Leidenschaftlichkeit sich erhebenden Anklagrede gegen die Deputie der oberhessischen Grubenbarone.

Das Resultat der Abstimmungen über die zahlreichen Resolutionen findet der Leser im Bericht.

Am Donnerstag wird in das Detail des weitreichenden Delbrück-Ests eingetreten.

Sozialdemokratischer Stimmenzuwachs.

Die beiden letzten Reichstagssitzungen haben der sozialdemokratischen Partei wieder einen beträchtlichen Stimmenzuwachs gebracht. Seit der Gründung des schwärzblauen Blocks zeigen alle Reichstagsnachwahlen, insgesamt 19, ein beträchtliches Aufschwelen der sozialdemokratischen Stimmenzahl, wie die nachstehende Aufstellung beweist, in der wir den Stimmenzuwinn die schwätzweise berechnete Gesamtzahl der Wahlberechtigten hinzugesetzt haben:

	Zunahme der sozialist. Stimmen abzügl.	Berechnete Zahl berechtigten ungefähr
Landau i. Pfalz	2650	31,8 600
Stollberg-Schneeberg	2170	11,4 3000
Koblenz a. Rh.	670	30,8 2900
Görlitz	1750	40,6 800
Landsberg-Soldin	1070	16,6 1650
Halle a. S.	3910	17,9 2500
Giesenach	2425	30,8 2500
Mülhausen-Wipperfürth	2400	28,1 4000
Pöhl	871	63,2 5500
Olekko-Lyk	285	45,2 550
Landeshut-Hauer	1420	28,2 600
Wiedom-Wolin	1550	24,0 700
Friedberg i. H.	2320	32,1 1200
Stuttgart-Gaisstatt	3220	20,8 1600
Marienburg-Bischoppau	3550	31,4 1900
Frankfurt a. O.	2019	16,4 1100
Leibnitz-Wohlau	630	19,1 100
Kempten-Innenstadt	1809	90,4 1500
Gießen-Nidda	1560	24,4 2800
in Summa		24,2 35000

Im Durchschnitt ergibt sich demnach eine Vermehrung unserer Stimmenzahl um 24 Proz., und zwar übersteigt in den meisten der 19 Wahlkreise die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei weitem die Zunahme der Wahlberechtigten: ein Beweis, daß die Sozialdemokratie nicht nur aus den Reihen der inzwischen wahlberechtigten gewordenen neuen Wähler großen Zugang erhalten hat, sondern auch auf bisherigen konservativen, klerikalischen und liberalen Terrain neue Anhänger gewinnt.

Der „blühende“ Reichsverband.

Der Generalsekretär des Reichsverbandes für die Provinz Sachsen, Michaelis, hat alle Hände voll zu tun, um das sanfte Ende der von ihm mit schwerer Mühe gegründeten Ortsgruppen zu verhindern. Er versendet daher an die bisherigen und ehemaligen Mitglieder vertrauliche Rundschreiben, in denen er sie unter Berufung auf den bevorstehenden schweren Reichstagswahlkampf beschwört, der Sache des Reichsverbandes treu zu bleiben. In einem dieser Rundschreiben, das an die Reichsverbände in Königin, einer Landstadt bei Halle, gerichtet ist, beklagt er bitter, daß es ihm nicht gelungen sei, einen Vorsitzenden für die Ortsgruppe zu finden. Er habe jetzt jede Hoffnung aufgegeben, jemanden zur Übernahme dieses Amtes zu bewegen.

Ahnliche Verhältnisse herrschen in vielen Orten. Wenn sich z. B. die Ortsgruppe in der Großstadt Halle versammelt, pflegen in Summa etwa 30 Reichsverbandshelden im Herrn beieinander zu sein.

Sehnsucht nach Feuerrichtern.

Das prompte Funktionieren der militärischen Ehrengerichte gegen politisch Andersdenkende oder sonst unbekannt gewordene Standesgenossen hat es offenbar einer Anzahl von Berliner Ärzten angetan. Sie verlangten in der letzten Sitzung der Ärztekammer für die Provinz Brandenburg einen Ausbau der ärztlichen Ehren-

richte nach der Richtung hin, daß gegen Ärzte auch auf Anerkennung der Approbation erkannt werden dürfe. Die große Mehrzahl der Ärzte war aber so vernünftig, gegen dieses Verlangen einiger Heißsporne Widerspruch zu erheben. Von den zunftgemäßen Ärzten werden die homöopathischen und die auf dem Boden der Naturheilkunde stehenden Ärzte schon seit zu Kurpfuschen gestempelt und die Belehrung ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß unter Umständen einmal solchen Ärzten die Approbation aberkannt würde. Das wäre dann mit dem wirtschaftlichen Ruin dergestalt verfeindet so ziemlich gleichbedeutend. Das offizielle Organ der Ärztekammer meint auch, von einer zutreffenden Ahnung besessen:

"Gerade im gegenwärtigen Moment erscheint jede Änderung der gesetzlichen Bestimmungen gefährlich. Es könnte sonst der Teufel durch Beelzebub vertrieben werden. Der gegenwärtige Fleischtag gibt durchaus keine Gewähr dafür, daß diese Angelegenheit sino ira et studio behandelt werden würde."

Bei dem kommenden Reichstage wird man mit solchen höchst bedenklichen Sonderbestrebungen erst recht kein Glück haben.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch einige weitere Kapitel des Kultusstaats. Beim Kapitel Kunst und Wissenschaft besprach Genosse Liebknecht die Stellung der Sozialdemokratie zur Kunst. Er wies nach, daß Kunst und Wissenschaft heute im Dienste des Kapitals stehen und daß die große Masse des Volkes an den geistigen Gütern keinen Anteil habe. Selbstverständlich fanden seine Ausführungen bei der großen Mehrheit des Hauses lebhafte Widerrede.

Das Haus unterhielt sich dann noch einige Zeit über den Professorstreit an der Berliner Universität. Der Kultusminister rechtfertigte seine Haltung und nahm sich besonders des Professors Bernhard an.

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt werden.

Die volle Kompottschüssel.

Aus parlamentarischen Kreisen wird dem Schriftsteller "Kokalanziger" mitgeteilt, man betrachte jetzt das Gesetz über die Errichtung von Arbeitskammern als gescheitert. Auch die verbündeten Regierungen betrachten ein Zustandekommen des Gesetzes in absehbarer Zeit für ausgeschlossen. Die Versuche, wegen der Wählbarkeit der Arbeitsssekretäre und der Unterstellung der Eisenbahnarbeiter unter dieses Gesetz zu einer Einigung mit der Mehrheit des Reichstages zu gelangen, seien besonders an dem Widerstand des Zentrums auszuhändigen geworden. Es hätte wohl wegen der Eisenbahnarbeiter dem ablehnenden Regierungspunkt stattgegeben, nicht aber wegen der Arbeitsssekretäre.

Auch die Verabschiedung des Gesetzentwurfs über die Privatbeamterverordnung durch den gegenwärtigen Reichstag sei jetzt sehr fraglich geworden, da sich die verbündeten Regierungen entschlossen haben, den Bürgern von beteiligter Seite in einem wichtigen Punkte zu entsprechen und die bestehenden Kasseneinrichtungen unter bestimmten Bedingungen zugulassen. Das mache eine Umarbeitung des betreffenden Abschnittes des Entwurfs erforderlich, und da auch noch andere Teile abgeändert werden müßten, so sei kaum anzunehmen, daß der Entwurf in der neuen Gestalt rechtzeitig genug fertiggestellt werde, um noch im Bundesrat und im gegenwärtigen Reichstage durchberaten zu werden. „Immerhin wird in Aussicht genommen“, daß der Entwurf noch an den jewigen Reichstag gelange und von diesem noch in erster Lesung beraten werde.

Im Anschluß an diese Mitteilungen sei erwähnt, daß der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte nach einer Meldung der "Berliner Politischen Nachrichten" nächstens im Bundesrat zur Beratung gestellt werden soll.

Veteranenfürsorge.

Die "Märkische Volkszeitung", die etwas robuster Nebenarbeitsgabe der "Germania", ist in der Lage, über die neuen Grundsätze der Veteranenfürsorge folgendes mitzu teilen: „Das Schwergewicht für die Entschließung über die Bewilligung der Beihilfe soll künftig dauernd in der unterstützungsbürtigen Lage der Kriegsteilnehmer ruhen, und die Beihilfe grundlegend jedem Kriegsteilnehmer gute kommen, der infolge von Alter, schwerem Siechtum, unheilbarer Krankheit oder anderer Gebrechen dauernd außerstande ist, durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, den notwendigen Lebensunterhalt zu erhalten.“

Nationalliberaler Toleranzantrag.

Die nationalliberalen Fraktion des preußischen Landtags hat folgenden Antrag eingereicht:

„Kinder, die keiner Religionsgemeinschaft angehören oder einer solchen für die ein Religionsunterricht an der Volksschule, die sie besuchen, nicht erteilt wird, können gegen den Willen des Vaters oder andere Erziehungsberechtigter zum Besuch des Religionsunterrichts nicht angenommen werden.“

Die Brüder im Schapsblock werden den Antrag natürlich ablehnen und die Nationalliberalen werden das Vergnügen haben, sich wenigstens als Hüter der religiösen Freiheit auspielen zu können.

Rußland.

Die russische Justiz vor der Tscha. In der Reichsduma griffen bei Beratung des Staats des Justizministeriums Vertreter der Opposition das Gerichtswein an und erklärten, Senat und Staatsanwälte arbeiteten im Geiste des Verbündeten des russischen Volkes und der Minister verlege das Prinzip der Unabdingbarkeit der Richter. Die Oktobertruppen verteidigten die Gerichte und wiesen darauf hin, daß die von den Linken vorgebrachten Beschuldigungen, die Tscha habe nichts ausgerichtet, falsch seien. Die Einführung von Geschorenengerichten in entfernten Gebieten, um die 25 Jahre lang gekämpft worden sei, habe die Tscha in 25 Tagen durchgesetzt. Während der Debatte beschuldigte der Angehörige der extremen Rechten,

Markow, die Progressisten, sie hätten an der Ermordung Alexanders II. teilgenommen, worauf der Sozialistensührer Gegeckor den Adel der Ermordung Kaiser Pauls beschuldigte. Die Kadetten beantragten die Abschaffung der Prügelstrafe bei den Straßlingen. Der Antrag wurde abgelehnt, und der Justizrat angenommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 16. März.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 20. März 1911 stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl der Kommission zur Prüfung des Senatsdecretes vom 2. November 1910, betr. Heraushebung baulicher Privatarchitekten zur Mitarbeit an den städtischen Bauaufgaben. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Änderung des Artikels 50 Absatz IV der Verfassung. 2. Weitere Anwendung des Wertzuwachssteuergesetzes vom 24. Februar 1909. 3. Stat der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für das Rechnungsjahr 1911. 4. Erlass eines fünften Nachtrages zum Beamtengebet. 5. Bau einer Straßenbahnwagenhalle an der Finkenstraße. 6. Schaffung geordneter Orchesterverhältnisse. 7. Aufhebung des Schulbezirks Krempelsdorf. 8. Auflistung eines Sekundärarztes auf der inneren Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses. 9. Verstärkung der im Entwurf zum Voranschlag für das Rechnungsjahr 1911 für Reklame betreffs der Industrieländer vorgesehenen Mittel um weitere 9000 Mk. Ausdehnung der Silabgabepflichtigen Gebiets in Travemünde. Der Beginn der Budgetberatung ist auf Freitag nächster Woche verschoben worden.

Der Bürgerausschuß erklärte sich im Verlauf seiner gestrigen Sitzung gutdurch für folgende Senatsanträge: Verstärkung der im Entwurf zum Voranschlag für das Rechnungsjahr 1911 für Reklame betreffs der Industrieländer vorgesehenen Mittel um weitere 9000 Mk. Ausdehnung der Silabgabe in Travemünde auf das Gebiet an der Fehlingstraße.

Ein Kernpunkt jeder Volkschulreform muß allerwärts, nicht zuletzt auch im Gebiete der deutschen Unterrichtsverwaltungen die Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassen sein. So schreibt die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins. Die Belehrung der Schulklassen ist bekanntlich trotz aller Besserungsversuche noch immer an vielen Stellen ein wunder Bunkt im deutschen Volksschulwesen, und überfüllte Schulklassen gehören hier leider noch lange nicht zu den Ausnahmen. Klassen mit 60, 70 und noch mehr Kindern sind keine Seltenheit. Selbst in einer ganzen Reihe größerer deutscher Städte bewegt sich die durchschnittliche Belehrung einer Volksschulkasse seit Jahren schon in der Nähe der Zahl 60, und dabei sollen die größeren Städte doch auch in diesem Punkte in den vorderen Reihen stehen! Wie mag es da zuweilen abseits von der großen Heerstraße aussiehen!

Mit diesen eines Kulturstaates unwürdigen Zuständen muß unbedingt gebrochen werden, schon weil sie den Erfolg der Schularbeit bedrohen. Überfüllte Schulklassen — und dazu rechnet pädagogisches und volkswirtschaftliches Denken durchaus nicht bloß solche mit über 50 Schülern — sind ein technisch genommen überlastete Betrieb e. Ein persönlicher Unterricht, ein Unterricht, der die Persönlichkeit des Lehrers auch wirklich ganz an jedes Kind herankommen läßt, ist hier schlechterdings unmöglich, und es wird dem Lehrer schwer werden, sich die Kenntnis von der Natur jedes seiner Schüler zu verschaffen, die als Grundlage einer erfolgreichen erzieherischen Beeinflussung erforderlich ist. In den überfüllten Schulklassen steht der Erfolg der Schularbeit auf dem Spiel. Überlastete Betriebe sind auch hier auf die Dauer nicht voll leistungsfähig.

Die Eltern unserer Volksschüler wissen das übrigens ganz genau. Sie kümmern sich um die Zahl der Klassen, genossen ihrer Kinder und legen im allgemeinen Wert darauf, daß ihre Kinder in weniger stark belasteten Klassen sitzen; sie vermuten dort mit Recht die Möglichkeit einer besseren unterrichtlichen Versorgung und nehmen an, daß ihr Kind auch in erziehlicher Hinsicht dort besser aufgehoben ist. Darum verstehen sie auch, warum die Forderung nach Abminderung der Klassenbelände in den Volksschulen immer und immer wieder erhoben wird, und sie unterstützen diese Forderung. Nicht um eine „Lehrerforderung“ handelt sich's dabei, sondern um den Ruf nach Verbesserung des Unterrichts ihrer Kinder, und das wissen die zu schätzen, die ihren Kindern nichts anderes oder nicht viel mehr fürs Leben mitgeben können als eine möglichst gute Schulbildung.

In den Bevölkerungskreisen, aus denen unsere Volksschüler stammen, werden die Unterrichtsverwaltungen also kaum auf Widerstand stoßen, wenn sie sich anschicken, die Volksschule durch eine großzügige Reform von dem Elbel der starken Klassen zu befreien. Durch das übliche Geschrei von den dann entstehenden unerschwinglichen Kosten aber sollten sie sich nicht schrecken lassen; an der Sorge für die Volksschule ist bisher noch kein Volk zugrunde gegangen.

Diese von sachmännischer Seite stammenden treffenden Ausführungen schließen zugleich eine Verurteilung der neuen Lübecker Volksschulpolitik in sich, die dahin geht, die Klassenfrequenz zu erhöhen. Leider ist die reaktionäre Lübecker Bürgerschaft mehrheitlich mit dieser volksfeindlichen Maßnahme einverstanden, obwohl von der Sozialdemokratie mit Nachdruck auf die daraus entstehenden Schäden für die Schüler hingewiesen worden ist. Es ist einfach beizahmend, konnotieren zu müssen, daß Lübeck auf dem Gebiete des Volksschulwesens Rückfälle macht, während man anderorts Verbesserungen einzuführen bestrebt ist.

Zur Lohnbewegung im Tapeziergewerbe. Eine gestern, am 16. März, von 55 Tapezierern beurteilte öffentliche Versammlung beschloß in geheimer Abstimmung gegen zwei Stimmen den Ausstand und die Arbeit heute nicht wieder aufzunehmen. Die Verlommelten nahmen Kenntnis davon, daß die Innung sowie die Möbelfabrikanten und -händler auf zweimaliges Ansuchen der Verbandsleitung hin es nicht einmal für wert hielten, die Forderungen der letzteren zu beantworten resp. in Verhandlungen zu treten. Man konnte feststellen — aus den Auskünften verschiedener Arbeitgeber —, daß die Innung mit den Möbelhändlern sich gemeinsam auf dem Kriegspfad gegen die Gehilfen zusammen gesunden haben, während sonst beide zu friedlichen Zeiten zusammenleben wie zwei bekannte Haustiere, wie das auch eine Kommunion noch am 5. März bei einem der größten Möbelfabrikanten wahrnehmen konnte. Nun, beide erleben, was sie nicht vermutet; und doch alle der Anträge, daß die Forderungen der Gehilfen nicht aus sich heraus gestellt, sondern — man staune — aus Hamburg diktiert sind. Nun, die Einmütigkeit des Ausstandes wird sie wohl eines Besseren belehren.

Die Innung hat doch schon Zeit gefunden, zu heute abend eine Versammlung ihrer Mitglieder einzuberufen, seit 20. Februar weiß der Obermeister bereits bestreit, daß die Gehilfen Wünsche haben, denn zu fordern haben sie nichts.

Bis zum 14. März war in dem zweiten Auschreibe Antwort erbeten. Der Innungsvorstand wird wohl zu verantworten haben, daß er seine Mitglieder in solche Verlegenheit brachte, denn die Arbeit bremsen Meistern momentan unter den Händen, ebenso den Möbelfabrikanten. — Die Versammlungen beschlossen einstimmig von ihren Forderungen — die nunstümliche Arbeitszeit, Mindestlohn 58 Pf., für Ausgelernte 50 Pf., nichts abzulassen. Hat man es zu einem Streit kommen lassen, sollte man eigentlich die Forderungen noch verschärfen. Ein Bericht über den Umfang des Ausstandes, sowie der nichtbewilligten Firmen folgt morgen. Scheint es doch, als wenn Firmen, die ihre Produkte nur in Arbeiterkreisen absetzen, in Zukunft mehr Verlieferschließung seitens der letzteren schlicht wünschen. Denen ist zu helfen. Bemerkt noch, daß bereits 12 Gehilfen zu den bewilligten Forderungen weiterarbeiten.

Der Ortschefsdiest wird von der Reichspost am 1. April eingeführt. Er besteht darin, daß Briefsendungen durch besondere Boten von dem Absender abgeholt und bestellt oder auch der gewöhnlichen Postbeförderung zugeführt werden. Das Reichspostamt hat jedoch endgültig die Orte bestimmt, in denen der neue Dienst am 1. April eingerichtet wird. Mit Einschluß von Berlin und acht Vororten sind es im ganzen 64 verschiedene Postorte innerhalb des Reichsgebietes, nämlich: Nachen, Altona, Barmen, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Breslau, Cassel, Chemnitz, Köln, Cottbus, Crefeld, Danzig, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Elberfeld, Erfurt, Essen, Flensburg, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Gießen, Göttingen, Goslar, Hagen, Halle, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Königsberg, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Meißen, Mühlhausen im Thür., Münster, Pforzheim, Plauen, Posen, Rostock, Saarbrücken, Stettin, Straßburg i. E., Trier und Wiesbaden. In der großen Mehrzahl dieser Städte wird der Einheitsposttarif eingeführt werden, so daß die ganze Stadt nur einen Postbezirk bildet. Für die Gilaholung und Gilbestellung einer Sendung werden in diesen Orten nicht mehr als 50 Pfennig erhoben, für eine Antwort, die dem Empfänger zu rückzubringen ist, 25 Pf. Groß-Berlin wird vier Zonen bilden.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der letzten Februarwoche vom 19. bis zum 25. Februar in vielen deutschen Städten um etwas gebessert, indem die Sterblichkeit zurückgegangen ist, wenn sie auch in anderen Städten die gleiche geblieben ist, wie in der Vorwoche. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet, starben von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Nachen 14,0, Altona 15,1, Augsburg 18,7, Barmen 9,2, Berlin 15,2, Bielefeld 15,3, Bochum 18,6, Bonn 20,1, Borken 18,3, Braunschweig 18,5, Bremen 16,8, Breslau 17,7, Charlottenburg 14,3, Chemnitz 15,3, Danzig 16,8, Darmstadt 19,7, Dortmund 15,0, Dresden 16,0, Deutsch-Wilmersdorf 7,0, Duisburg 12,7, Düsseldorf 18,3, Elberfeld 16,2, Erfurt 11,7, Essen 11,5, Frankfurt a. M. 13,0, Freiburg i. Br. 19,3, Kleinsburg —, Frankfurt a. O. —, Kürth —, Gera —, Gladbach —, Gleiwitz —, Gelsenkirchen 13,5, Görlitz 16,4, Hagen 18,2, Halle a. S. 17,0, Hamborn 19,4, Hamburg 16,5, Harburg —, Hannover 12,6, Heidelberg —, Karlsruhe 18,3, Kassel 14,6, Kiel 15,3, Köln 18,7, Königsberg i. Pr. 20,1, Kaiserslautern —, Königshütte 20,0, Krefeld 15,7, Koblenz —, Leipzig 15,4, Linden 11,4, Lübeck —, Lübeck 16,9, Ludwigshafen 12,5, Magdeburg 15,5, Mainz 18,6, Mannheim —, Meißen —, Mühlhausen i. Th. 18,8, Mühlheim a. d. R. 18,9, München 18,7, Münster 8,6, Nürnberg 16,6, Oberhausen 15,0, Offenbach 14,4, Plauen i. V. 13,3, Posen 18,6, Remscheid 7,2, Rixdorf 11,0, Saarbrücken 17,8, Schöneberg 12,6, Spandau 18,5, Stettin 17,6, Straßburg i. E. 17,8, Stuttgart —, Wiesbaden 14,8, Würzburg 16,0, Zabrze —, Zwitau 22,7.

pb. Diebstahl. Am 15. d. M. gegen 8 Uhr nachmittags ist vom Fluß eines Geschäftshauses in der Breiten Straße ein Papptartan mit 12—13 Damen-Wetzolliers verschiedener Gattung, wie Mufflon, Spiz usw. abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag kommt die reizvolle Oper "Mignon" von Thomas mit Fräulein Strettern in der Titelrolle zur Biederholung. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, gelangt Wagner's "Götterdämmerung" mit Alois Bennewitz als Gast in der Partie des "Siegfried" bei gewöhnlichen Opernpreisen zur Aufführung. Die Brünhilde singt Frau von Szekrynsky vom Stadttheater in Breslau als Gast. — Am Montag, dem 20. März, findet das letzte Gesellschaftspiel der Kammersängerin Eva von der Osten von der Hofoper in Dresden als "Carmen" in Brixen gleichnamiger Oper statt.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag und folgende Tage finden weitere Gastspiele des "Fritz-Steidl-Eensembs" mit dem Schlager "Hall of Fame" die große Revue statt. Sonntags zwei Vorstellungen und zwar nachmittags 4 Uhr bei ermäßigten Preisen und abends 8 Uhr.

Reinfeld. Ausgebrochene Einbrecher. Zur Nacht zum Mittwoch ist aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis der Einbrecher Augustin ausgebrochen, der in mehreren Orten des Lübeckischen und holsteinischen Gebietes größere Silberdiebstähle ausgeführt hat. Der Ausbrecher muß unbedingt Hilfe von außen erhalten haben, da ihm sonst das Entweichen unmöglich gewesen wäre. Es bestehen auch Anzeichen, daß man Augustin mit Schuhmappen ausgerüstet hat. Die Lübecker Polizei hat mit Automobil und mit Polizeihunden die Verfolgung aufgenommen.

Hamburg. Zur Tarifvertragbewegung in den Hamburger Tischlereien. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages im Tischlereigewerbe sind endgültig gescheitert.

Domiz. Topplersaubermord. Im Dorfe Streeß bei Dannenberg überfielen Dienstag abend zwei polnische Eisenbahnarbeiter einen Hofschießer und versuchten ihn auszurauben. Auf seine Hilferufe eilte ein benachbarter Hofschießer herbei. Die Mörder griffen zu den Waffen und töteten beide. Die Mörder wurden verhaftet. Ein ausführlicher Bericht meldet über die Bluttat: In dem Dorf Streeß bewirtschafteten die 30 und 20 Jahre alten Brüder August und Wilhelm Küls mit ihrer Schwester zwei Höfe. In einem Mietshause wohnte der verheiratete polnische Bahnarbeiter Kanopka und bei ihm sein Landsmann Gottschalk. Durch Schweineverkauf hatten die Brüder Küls vorige Woche eine größere Geldsumme eingenommen, die sie in einer Kommode aufbewahrten. Auf dieses Geld hatten es Kanopka und Gottschalk abgesehen, als sie gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr mit Beilen bewaffnet in die Külsche Wohnung eindrangen, wo das junge Mädchen bereits schlafen gegangen war. Ohne weiteres stürzten die Einbrecher sich auf die beiden Brüder. Während der eine alsbald unter den Beilhieben der Verbrecher zusammenbrach, konnte der zweite, der taubstumm ist, entfliehen. Er wurde aber von den Mörderen verfolgt und etwa 60 Meter

zum Hause entfernt ebenfalls zu Boden geschlagen. Er hingegen auf der Landstraße sein Leben aus. Nachdem so die beiden Zeugen des beabsichtigten Gelbbaubes mundtot gemacht waren, lehrten die Verbrecher in die Kübische Wohnung zurück und nahmen das in der Kommode verwahrte Geld an sich. Dann begaben sie sich wieder in ihre Wohnung, zogen die blutbefleckten Kleider aus und legten sich ins Bett. Zwischenwegen war die Schwester der Ermordeten, die den grausigen Vorhang aus der Nähe anhörte hatte, ohne den Brüdern helfen zu können, oder Hilfe holen zu können, aus ihrem verschlossenen Schlafzimmer ins Freie geeilt und hatte die Bewohner des Dorfes alarmiert, die sofort zur Mordsstelle eilten. Jeder wußte ohne weiteres, wo die Täter zu suchen waren; das Mietshaus wurde umstellt und man wollte in dasselbe eindringen, doch gelang dies nicht, weil die Insassen die Türen verschlossen hielten und taten, als ob sie schliefen. Grit als der schnell benachrichtigte Dannenberger Gendarmeriewachtmeister in Streck erschien, bequemten sich die Hausbewohner, zu öffnen. Sie stellten die Wacht energisch in Abridge; die blutbefleckten Finger der Männer wurden aber zu schweren Belastungszungen. Stanopka und Gottschalk wurden verhaftet und schwer gefesselt auf einem Wagen nach Dannenberg ins Gefängnis gebracht. Nur mit Mühe konnten die Dorfbewohner davon zurückgehalten werden, die Verbrecher zulynchen.

Schwerin. Der lächerliche "Verfassungs"-Wechselbalg, den die Regierung dem Lande anbietet, wird von der Mecklenb. Volksitz. in einem längeren Aufsatz gründlich zerzaust. Unter Parteiorganen schreibt u. a.: "Was unglaublich schien, ist eingetroffen! Das Monstrum, mit dem die Regierung Mitte Mai 1908 vor den außerordentlichen Landtag trat, und das derzeit wegen seiner abschreckenden Schenabilität das Entsetzen der ganzen zwitscherten Welt hervorrief, ist, gemessen an der neuesten Verfassungsvorlage, eine Brachtgeburt gewesen. Jenes Monstrum wollte zwar auch die alten Stände erhalten, ebenso Berufswahlen unter Ausschluß der Arbeiterschaft einzuführen, aber es wollte doch immerhin bei den übrigen allgemeinen Wahlen von 92 Abgeordneten die Arbeiter hier nicht grundsätzlich jedes Wahlrechts beraubten. Gewiß, elend, erbärmlich war das System, nach dem die "allgemeinen Wahlen" vorgenommen werden sollten. Aber bis zu der Herausforderung, der Arbeiterschaft überhaupt die Abgabe einer Wahlstimme grundsätzlich unmöglich zu machen, ließ offen als Parias zu behandeln, wagte sich die Regierung damals noch nicht! Heute jedoch findet sie den Mut dazu! Treu und gehorsam, eingedenkt ihrer Abhängigkeit von den "Mittern", wirft die Regierung der Arbeiterschaft vor der ganzen Welt den Handschuh ins Gesicht!... Sinnenmögl. führt sie aus, was die "Mitter" fordern: Die Abdankung der Regierung vor der Macht der "Mitterschaft". Wir aber rufen dem mecklenburgischen werktätigen Volke zu: Hunde sollt, wehr' dich! Ein erbärmlicher Lump ist, wen diese Verfassungsvorlage nicht aufspeitscht zu dem Entschlisse, den Tag der Rache vorbereiten zu helfen! Der Reichstagswahltag muß das Mitterregiment in der mächtigen Flut des heiligen Hasses ersticken! Nieder mit dem Junkertum und seinen Helfershelfern!"

Märkte. Großfeuer. Am Kaiser-Wilhelms-Koog wurde das Wohnhaus und das Wirtschaftsgewerbe des Koogvorstechers und Hofbesitzers Johann Dohm eingedämmt. Das Vieh konnte bis auf zwei Kühe und ein Kalb geboren werden. Das Mobiliar und die Futtervorräte sind größtenteils mitverbrannt. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Theater und Musik.

Musikvorträge für die Jugend veranstaltete gestern nachmittag im Gewerkschaftshaus der hiesige Arbeiterbildungverein. Man muß dem Verein dafür herzlichen Dank wissen, daß er den erstmaligen Versuch mache, auch den Kindern der Arbeiter, denen nicht allzu viel Sonnenchein auf ihrem kurzen Lebenswege lacht, Freude an wirklich guter Musik, Freude an den alten Volksliedern empfinden zu lehren. Zu diesem Zwecke hatte er sich der Mitwirkung zweier so namhafter Künstlerinnen wie Käte Hyam und Edith Weiß versichert, die auf dem zu Betracht kommenden Gebiete sich bereits anderorts bewährt haben. Käte Hyam ist keine stimmprovozierte Sängerin, sondern eine anmutige Vortragsmeisterin von seinem Geschmack, die es versteht, dem gesungenen Wort und Lied Leben und Ausdruck zu verleihen. Ihre Liedervorträgen schickte Frau Hyam stets eine im reizenden Plauderton gehaltene kurze Einleitung und Erklärung voraus. Das gleiche tat auch Käte Weiß, die am Flügel kleine für das Verständnis der Kinder berechnete Lieder und andere Klavierstücke zu Gehör brachte. Das mehrere hundert Köpfe starke jugendliche Publikum unterhielt sich bei den Liedervorträgen Käte Hyams anscheinend aufs Beste. Die Klaviervorträge fanden zwar weniger Aufmerksamkeit, aber ebenso starke Beifall. Daß verschiedentlich noch nicht die nötige Ruhe im Saale herrschte, ist zwar nicht hinwegzuleugnen. Aber ist es im Theater, wo die Erwachsenen und die gebildet seim wollenden Leute sitzen, nicht häufig ebenso? Wie oft kann man nicht die Beobachtung machen, daß auch dort die feingekleideten Herrschaften sich während der Ouvertüre zur Oper oder gar während der Vorstellung eifrig unterhalten.

Die Geburt eines Knaben zeigen an
Wilhelm Möhnke u. Frau.

Lübeck, den 15. März 1911.

Geburt v. ei. ruhiger Familie zum 1. Juli eine Wohnung v. d. Holstenstor., bis 220 M.

Ana. u. W. K. an die Gr. d. Bl.

Fröhne Frau sucht Beschäftigung in den Abendstunden und Sonntags nachmittags im Abwaschen.

Ana. u. J. an die Gr. d. Bl.

Gut gehende Schuhmacherei mit Haus billig zu verk. Anzahlung 100 M. Böttcherstraße 27.

Ein Haus mit vier abgeschr. Drei-Zimmer-Wohnungen in der Weinhofstraße zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Guterh. Sitz- u. Liegewagen mit Gummirifen zu verkaufen. Generdesstraße 49. I.

1 und 2 Reihen, sind durch Zufall

billig zu verk. Hügstr. 121, part. r.

20 Wiener Harmonikas und Akkordeons

1 und 2 Reihen, sind durch Zufall

billig zu verk. Hügstr. 121, part. r.

1 Herren-Fahrrad mit Freilauf und Rücktrittbremse billig zu verkaufen. Hügstr. 111 I.

1½ schlafige Bettstelle mit Matratze zu verkaufen. Gr. Kielau 27.

2 Sportfarren billig zu verkaufen. Gr. Kielau 9. 1. Etg.

Ein guterhalt. Schloßkorb billig zu verkaufen. Vorbeckstr. 12.

Schw. Tuchrock 3,50 M., gr. Deck- und Flugdauer 2 M., seit neue Knaben-Marine-Mütze 1,50 M. zu verkaufen. Untertrave 26/35.

Ein Babi-Korb mit Gestell, Matratze u. Gardinen für 5 M. zu verkaufen. In der Mauer 86. I.

Fast neuer Kinderwagen zu verkaufen. Meierstraße 34.

Palmen preiswert zu verkaufen. Friedenstr. 18.

Natürlich wird dadurch nichts entschuldigt. Die Kleinen wie die Großen müssen eben erst für die Kunst erzogen werden. P. I.

ab 4. 3. 1911 auf 44 Pf., ab 15. 2. 1912 auf 40 Pf. und ab 15. 2. 1918 auf 47 Pf. pro Stunde. Die Akkordpreise werden im Durchschnitt um 12 Proz. erhöht. — Über die geforderte Arbeitszeitverkürzung von 64 auf 58 Stunden hat das Schiedsgericht noch zu entscheiden.

Für Herford entschied die Kommission, daß eine Arbeitszeitverkürzung von 66 auf 54 Wochenstunden einzutreten soll ab 1. 10. 1918. Herford gilt damit als gestaffelt.

Für Neuruppin der Schiedsspruch dahin, daß eine Arbeitszeitverkürzung von 66 auf 55 Stunden einzutreten soll ab 1. 10. 1912. In Lohnerhöhung sollen eintreten 2 Pf. ab 18. 3. 1911, 1 Pf. ab 15. 2. 1912, 1 Pf. ab 1. 10. 1912, 1 Pf. ab 15. 2. 1912 und 1 Pf. ab 1. 10. 1914. Die bereits vereinbarten Mindestlöhne stehen entsprechend den Lohnerhöhungen.

Für Kelheim wurde entschieden, daß eine Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 56 Stunden eintreten soll ab 15. 2. 1912, von 58 auf 55 Stunden ab 1. 10. 1914.

Für Neumünster tritt eine Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden ein ab 1. 7. 1912 und von 55 auf 54 Stunden ab 1. 10. 1914. Neumünster gilt damit als gestaffelt. Der Mindestlohn wird erhöht ab 15. 8. 1911 auf 51 Pf., ab 1. 7. 1912 auf 58 Pf., ab 15. 2. 1918 auf 54 Pf. und ab 1. 10. 1914 auf 55 Pf. Maschinenarbeiter, wenn dieselben zwei Jahre an Maschinen beschäftigt sind, werden den Löhnlern gleich gestellt. — An Lohnerhöhung tritt ein ab 15. 2. 1912 2 Pf., ab 1. 7. 1912 2 Pf., ab 15. 2. 1918 1 Pf. und ab 1. 10. 1914 1 Pf.

Für Osnabrück lautet der Schiedsspruch dahin, daß die Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 55 Stunden eintreten ab 1. 10. 1911 und von 55 auf 54 Stunden ab 1. 10. 1914.

Für Posen lautet der Schiedsspruch: Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden ab 1. 7. 1913 und von 55 auf 54 Stunden ab 1. 10. 1914. Diese Arbeitszeit soll auch für Möbelsticker, deren Vertrag noch weiter läuft, Geltung haben. Posen gilt damit als gestaffelt.

Für Stralsund lautet der Schiedsspruch: Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden ab 1. 10. 1911 und von 57 auf 56 Stunden ab 1. 10. 1914. Diese Arbeitszeit gilt bis zum 15. 2. 1917. Lohnerhöhung ab 18. 3. 1911, 1 Pf., ab 1. 10. 1911 2 Pf., ab 15. 2. 1912 1 Pf., ab 15. 2. 1918 1 Pf. und ab 1. 10. 1914 1 Pf.

Für Süinemünde entschied die Kommission, daß eine Arbeitszeitverkürzung von 59 auf 58 Stunden eintreten soll ab 1. 7. 1911 und von 58 auf 57 Stunden ab 1. 10. 1918. Lohnerhöhungen sollen eintreten ab 1. 8. 1911 2 Pf., ab 1. 7. 1911 1 Pf., ab 15. 2. 1912 1 Pf., ab 1. 7. 1918 1 Pf. und ab 1. 10. 1914 1 Pf.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 15. März.

Bauern: Butter 9 Pf. 1,25—1,35 Mt., Meierei-Butter 9 Pf. 1,45 Mt., Hasen — Mt., Enten — Mt., Hühner 2,0—2,00 Mt., Küken Et. 2,00—2,00 Mt., Tauben Stück 0,55—0,65 Mt., Gänse 9 Pf., Fleckans 2 Mt., Schinken 9 Pf. 0,00—0,95 Mt., Schweinstopf 9 Pf. 50—55 Pf., Wurst 9 Pf. 1,20—1,40, Eier 8 u. 9 60 Pf., Heringe Et. 10 Pf., Dorsch genüg., Süßwasserfisch genüg., Kartoffeln — Mt., Geräuch. Lachs 9 Pf. 1,00—2,00 Mt., Schleie 9 Pf. 1,40—1,60 Mt., Brachsen — Pf., Hede 9 Pf. 70—80 Pf., Barsche 9 Pf. 70—80 Pf., Kalb 9 Pf. — 1,00 Mt., Karatschen 9 Pf. — Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl, Kopf 0,30—0,50 Mt., Kohl 100 Pf. — Mt., Gurken 100 Pf. — Mt., Brotkörner, hiesige, 9 Pf. — Mt., Kugelverschiedene pr. 100 Pf. — Mt., Pfauen, pr. 100 Pf. — Mt., Kirschen 9 Pf. — Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfund 50—70 Pf., Aland 9 Pf. 60—70 Pf.

Gretidepreise.

Lübeck, 15. März.

Weizen, 125—130 Pf. Holl. 185—192 Mt. Roggen 115—122 Pf., neuer Holl. 135—145, Gerste, nach Qualität 148—160 Mt. Hafer, nach Qualität, 145—160 Mt. hochfein über Notiz, vor 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein, Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 15. März.

1. Klasse 285 Dritt. zu 128,28 Mt. im Durchschnitt.

2. " 38 " 120,46 Mt. "

Literarisches.

Der erste sozialdemokratische Frauenstag, der am 19. März stattfindet, erschien soeben eine Agitation für das Frauenwahlrecht, herausgegeben von Clara Zetkin, 16 Seiten im Format der "Gleichheit". Die Zeitung bringt einige Porträts der verstorbenen sozialdemokratischen Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht in Deutschland. Sie hat einen reichhaltigen Inhalt und ist schön ausgestattet. Das Blatt soll der Agitation für das Frauenwahlrecht unter den breitesten Massen dienen. Preis der Nummer 10 Pf. Genossinnen! Sorgt für die Massenverbreitung eurer Wahlrechtszeitung!

Verantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwartz, Druck: Friedr. Meiner & Co.

Sämtlich in Lübeck

Käse-Bäcker Schlümmacherstraße 12 Detailverkauf auf der Diele

Große Partien

Schweizerkäse 9 Pf. 50 u. 60 Pf., Alter Rahmkäse 9 Pf. 60, Früher Feinkäse 9 Pf. 40, Wollf. Alpen-Limburgerkäse 50 Pf., Wollf. Limburgerkäse 10 Pf., Gr. Thüringer Stangenkäse 2 Pf. 10.

kleine 3 Pf. 10, Hartkäse 6 Pf. 10, Camembertkäse Schachtel 5 u. 10 Pf., Frühstückskäse in Stanz 8 Pf. 10 Pf.

Prima junges Fleisch, wie z. Bratenstücke, dicke Flomen u. sämtliche Wurstsorten empfiehlt

Hermann Dose Hundestraße 62.

Palmen preiswert zu verkaufen. Friedenstr. 18.

Frauen und Mädchen von Lübeck und Umgegend!

Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr,

Gr. Frauen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

„Her mit dem Frauenwahlrecht!“

Referentin: Fr. Gertrud Hanna aus Berlin.

In allen Orten Deutschlands demonstrieren am 19. März die Frauen und Mädchen für das Frauenstimmrecht. Es ist deshalb auch besonders die Pflicht der Lübecker Arbeiterfrauen und ihrer Töchter, vollzählig in dieser Versammlung zu erscheinen! Auch die Männer sind willkommen!
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins. I. A.: Paul Löwigt, Johannisstraße 46.

Knorr's Hafermehl

seit über 40 Jahren als
zuverlässige Kindernahrung

bekannt und bewährt. Einzig richtiger Zusatz zur Kuhmilch.
Leichtverdauliche Speise für Schüler und Kranke.

Nur in Originalpaketen von 1/4 und 1/2 kg. Jedes Paket enthält einen Gutschein.

Verlangen Sie die Prämienliste
von der Firma C. H. Knorr A.G. Heilbronn a.N.



Hiermit zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage
Beckergasse 73, links eine
Grünwaren-, Brot- und Bierhandlung
eröffne. Mit der Bitte, mein junges Unternehmen gütig unterstützen zu
wollen, zeichne hochachtungsvoll
Grau Marie Nothmann Wwe.

Metropol-Theater.

Heute Programmwechsel.

„Murat“ großes Drama in 16 Abteilungen.

Max hat eine Braut gefunden.

Zum Tränenlachen.

Und weitere 10 Nummern.

Im Söhlenausschnitt
empfiehlt sich
Fr. Kanz, Wallstraße 3.

Achtung. Gesangv. Eintracht.
Freitag keine Gesangstände.
Der Dömann.

Neues Stadttheater.

Freitag, 17. März. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 156. Freitag-Ab. 27.

Mignon.

Oper von A. Thomas.

Sonnabend, 18. März. Abends 6 Uhr.

Ende präzise 11 Uhr.

a. Vorstell. im Wagner-Zyklus.

Gewöhnliche Opern-Preise!

Gastspiel des Kgl. Kammerjängers

Alois Pennarini

vom Hamburger Stadttheater.

Götterdämmerung.

Dritter Tag a. d. Bühnenfestspiel

Der Ring des Nibelungen.

Vorläufige Anzeige!

Montag, 20. März. 7½ Uhr.

Erhöhte Preise!

Letztes Gastspiel des Kgl. Sächs.

Kammerjängers

Eva von der Osten

von der Kgl. Hofoper in Dresden.

Carmen. Große Oper

von Bizet.

Stadthallen-Theater Lübeck.

Donnerstag, den 16. März und folgende Tage, abends 8 Uhr

1. Gastspiel des Fritz-Steidl-Ensembles.

Zum 1. Male!

Der Sensationsschlager des Berliner Metropol-Theaters!

Halloh! Die grosse Revue!

Satirische Jahresrevue v. Julius Freund. Musik v. Paul Lincke

Paul Lincke dirigiert die Erstaufführung persönlich.

In Szene gesetzt von Direktor Fritz Steidl.

Hauptdarsteller: Damen: Else Heß, Flora Franke, Clara Wittenberg.
Herren: Dir. Fritz Steidl, Eugen Schulenburg, Hugo Wieser, Curt Reising etc.

3 große Balletts 3

arrangiert und einstudiert vom Königl. Mailänder Holballettmeister

Giovanni Ceruti.

30 Damen vom corps de ballet.

1. Bild: Es liegt was in der Luft. 4. Bild: Das dunkle Berlin.
2. Bild: Im Rosengarten. 5. Bild: Das glänzende Berlin.
3. Bild: Ein Schönheitsabend. 6. Bild: Das Fest des Weltfriedens.

Vorkommende Tänze u. Balletts: Der Tanz der Winde. Holländischer Baby-Tanz. Das Luxusballett. Apachen-Tanz. Großes phantastisches Silberballett: Das Fest des Weltfriedens.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Preise der Plätze siehe Tageszettel.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14

und Ros, Kohlmarkt 13.

Sonntags 2 Vorstellungen: Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Hansa-Theater.

Ab 16. März:

Gastspiel

des berühmten

Sylvester

Schäffer jr.

und das übrige Programm.

Preise der Plätze:

Loge 4 Mk., Fauteuil 3 Mk.,
Sperrsitz 2.25 Mk., Parkett 1.75 Mk., Seiten-Parkett 1.75 Mk.,
Parterre 1.25 Mk., Seiten-Parterre 1 Mk., Mittel-Balkon 1.25 Mk.,
1. Balkon, Seite 1 Mk., 2. Balkon 80 Pfg., Galerie 50 Pfg.

Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Offizier- u. Unteroffizier-Bons, haben
Vorzugskarten, keine Gültigkeit.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Jr. 64.

Donnerstag, den 16. März 1911.

18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 15. März 1911.

148. Sitzung. Mittwoch 1 Uhr.

Zum Bundesratssitz: Dr. Delbrück.

Zweite Lesung des Gesetzes für das Reichsamt des Innern.

(Vierter Tag.)

Die Beratung wird bei dem Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Graf Cramer-Ritterwitz (R.L.) bearündet eine von der konservativen Partei eingeführte Resolution, wonach für den Betrieb eines Wandleragers eine besondere Erlaubnis nötig sein soll, die vom Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig zu machen ist. Das sei im Interesse des gewerblichen Mittelstandes notwendig. Ebenso müsse dem Anfang entgegengetreten werden, daß Staats- und Kommunalbeamte sich Waren zu Eigenzwecken kommen lassen, die sie auch an Bekannte ablassen. Ebenso müssten Warenhäuser und Konsumvereine, die dem gewerblichen Mittelstand Konkurrenz machen, viel stärker belastet werden als bisher. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich stimme dem Vorschriften zu, daß es unzulässig ist, daß Beamte einen Detailhandel treiben, und habe Anweisung gegeben, solchen Missständen entgegenzutreten. (Bravo! rechts.) Die Besteuerung der Warenhäuser und Konsumvereine ist Sache der Landesgesetzgebung.

Giesberts (B.): Geden ausnahmsweise Besteuerung der Konsumvereine werden wir befürworten. Der Abgeordnete Fischer hat uns sozialpolitische Unzulässigkeit vorgeworfen, Gewiss ist Kritik der Hebel des Fortschritts, aber die Kritik, die nur negiert, erzeugt das Gegenteil. (Zustimmung im Zentrum.) Wir haben auch nicht, wie Herr Fischer uns vorwirft, die Einberufung der Staatsarbeiter in das Arbeitsamtsgesetz fallen lassen, wie wollen wir nicht das Gleiche daran beitreten lassen, wie an der Frage der Arbeiterschule. (Sehr richtig! im Zentrum.) Möge Herr Fischer doch die Herren von der nationalliberalen Partei verantlösen, an den Arbeiterschulen festzuhalten und ihnen sagen, daß sie andernfalls die sozialdemokratische Ausführung bei den nächsten Wahlen verlieren. (Große Beifall.) Herr Fischer macht uns zum Vorwurf, wir hätten beim Militäretat nicht für die Tarifabschlüsse gestimmt. Die Gedanke dieser Resolution röhrt vom Zentrum her (Widerspruch bei den Soz.), und als wir beim Marineetat dasselbe stimmten, wurde das in der sozialdemokratischen Presse als Blamage für das Zentrum hingestellt. (Zuruf bei den Soz.: Lüge und Schwindel!) Weiter warf uns Herr Fischer vor, unser Einfluss nicht für die Witwen- und Waisenversicherung eingesetzt zu haben; bei dem Zolltarif hat die Zentrumspartei ihren Einfluss voll und ganz eingesetzt (Abg. Fischer [SD.]: Für den Zolltarif!), um den Gedanken zu verwirklichen. Wenn die Reichsversicherung in Kraft getreten und jedem armen Teufel die Zunge gelöst ist, werden wir schon sehen, wo die wütige Entstehung liegt. (Sehr wahr! im Zentrum und rechts.) Herr Fischer sagt, wir hätten die Entwicklung der Gewerkschaften gehemmt. Wie ist nicht bekannt, daß in diesem Hause irgend jemand den Gewerkschaften Schwierigkeiten macht. (Lachen b. d. Soz.) Die größten Gegner der Gewerkschaften führen in Ihrem Lager! (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) In einer Sitzung der Gewerkschaftsstände im Jahre 1906 führte der Referent Müller aus, „die rote Rosa habe uns Füchtlinge ins Kreuz gegeben.“ Einhard sagte: Leise treten, Fiktatoren, Spießer hat man uns geschimpft. Bömelburg führte aus: man hat in der Parteipresse und in Versammlungen verneigt, in sozialistischer Weise die Massen gegen die Rücker aufzuhetzen; man hat den Massen gezeigt, auf die Rücker zeigend: seht das sind

die postgestressten Kerle. (Zuruf b. d. Soz.: Osse Kamellen!) In einer Versammlung in Hamburg wurde Legion geraden ausgeschaut und niedergebrüllt. Das gefahrvolle Männer, die eine ganze Lebensarbeit für die Gewerkschaften hinter sich haben eine Arbeit, die mehr wert ist, als die aller sozialdemokratischen Redakteure zusammen. (Zuruf b. d. Soz.) Trotz aller Parteitagsbeschlüsse sind Sie Gegner der Gewerkschaften geblieben und beschließen sich schmälerisch, den Massen Mütter zu geben, die Gewerkschaftsführer zu hingerieren. (Zuruf b. d. Soz.) Weiter warf der Abg. Fischer uns vor, daß wir Ausnahmegesetze verlangen. Das Zentrum hat das Sozialstiftungsgesetz abgelehnt, es hat die Buchhaltung vorzuholen zu Fall gebracht. (Abg. Fischer [Soz.]: Damals!) Es hat gegen den Erzählerparagraf beim Reichspolizeigesetz gestimmt und wird jedes Ausnahmegesetz bekämpfen. Fischer bezog sich auf eine Resolution meiner Parteifreunde in München, die freilich eine zweite Fassung hat. Aber 1893 führte auch Bebel in einer Volksstimme mit Stöckel aus, „es läuft sich begreifen, daß Unternehmer es sich nicht gefallen lassen, daß innerhalb der Betriebe sozialdemokratische oder ihnen sonst unbekomme politische Agitation getrieben wird.“ (Abg. Fischer [SD.]: Agitation!) Das ist auch ganz unser Standpunkt und ist es immer gewesen. Ich habe nie gesagt, (stürmische Heiterkeit) Ausnahmeklausuren bei Streits und ähnlichen Dingen in der Eisenbahnen einzuführen. Ich freue mich, daß auch der Abg. Koch Gewalttätigkeiten gestern ausdrücklich bedauert hat. Die Gefahr von Ausnahmegesetzen liegt nicht bei den Parteien und der Regierung, sondern in der Zustimmung der nichtsozialdemokratischen Männer, die hervorgerufen wird durch die systematische Ausschließung der nichtsozialdemokratischen Arbeiter von der Arbeit. Die Buchhalter haben beinahe einen Monopolart fertig gebracht, bei den Eisenbahnen und in der chemisch-physikalischen Industrie wird leider bestätigt, der nicht sozialdemokratischen Verband ist. (Abg. Fischer [SD.]: Auf Verlangen der Unternehmer!) Die „Metallarbeiterzeitung“ schreibt: „Ob es zweitmöglich ist, Mitglieder gegnerischer Organisationen von der Beschäftigung in staatlichen Betrieben auszuschließen, muss von Fall zu Fall entschieden werden.“ Was heißt das anders, als es soll von Fall zu Fall den Leuten das Recht umgedreht werden. „Ohne ist kein Platz“. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.) So werden die Massen terroristisiert und müssen zum Schem sozialdemokratisch werden, um überhaupt Arbeit zu bekommen. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) Die Verantwortung dafür haben nicht die Gewerkschaftsführer, sondern Ihre Parteivereine und Ihre Parteileute. Zuweilen geben auch Sozialdemokraten der Wahrheit die Ehre: so hat Bebel auf dem letzten Parteitag ausgeführt, die Parteien hätten das allgemeine Wahlrecht nicht, ohne die Hilfe des Zentrums. (Sehr richtig! im Zentrum.) und sie hätten sehr häufig mit dem Zentrum zusammen müssen, nachdem ihre eigenen weitergehenden Ansprüche abgelehnt worden. Ich rechne mich dahin: der Freiheit der Arbeiterschaft droht keine Gefahr, wohl aber dem gesunden gewerkschaftlichen Gedanken, und zwar droht diese Gefahr vom sozialdemokratischen Terrorismus. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Sakse (SD.): Herr Giesberts sieht die Wichtigkeit der Ausführungen meines Freundes Fischer über das Stocken der Sozialpolitik zu bestreiten. Aber wie war es doch! Bei den Wahlen von 1907 wurden 7 christliche Arbeiterschule, darunter 5 vom Zentrum gewählt. Damals hing der Name von Beigen. Was wurde uns nicht alles erzählt vom sozialpolitischen Fortschritt! Aber wie täglich sind die Propagandas zuschanden geworden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) über die Reichsversicherungsordnung will ich an dieser Stelle nicht sprechen; aber ich muß doch erwähnen, daß die christlichen Arbeiterschulen sich dabei nicht eben in einer Weise betätigt haben, die als arbeiterfreudlich zu bezeichnen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Giesberts hat uns aufgefordert, wir sollten doch die Nationalliberalen bewegen,

für die Zulassung der Arbeiterschule in den Arbeitskammern zu stimmen. Wir sind nicht mit den Nationalliberalen verbündet und verschwögeln, wie das Zentrum mit den Konservativen. (Sehr gut! bei den Soz.) Möge also nur das Zentrum dafür sorgen, daß der Widerstand der Konservativen gegen die Zulassung der Arbeiterschule gebrochen wird. Dann wird die Zulassung mit großer Majorität beschlossen werden, selbst wenn die Nationalliberalen noch weiter daageln sollen sollten. Vielleicht sorgt dann das Zentrum auch noch dafür, daß die vom Schaffhauserischen Zentralverband der Industriellen befürwortete Widerstand gebrochen wird. Das Zentrum hat unsere Revolution betreffend die Tarifverträge usw. beim Postamt und beim Militäretat abgelehnt. Beim Marineetat hatte es dafür gestimmt. Das nicht, beim Marineetat war die Abstimmung namentlich. (Hört hört! b. d. Soz.) Wenn in unserer Fraktion so etwas vorkommen würde, wie hätte die Zentrumspresse es seingestellt, natürlich nur unter Hinzufügung ausdrücklicher Lügen. Herr Giesberts behauptet, daß die bürgerlichen Sozialisten für ein Krankenversicherungsgesetz eintreten, welches die Beiträge und die Verwaltung habt. Wenn dem so ist, so nehmen unsere bürgerlichen Parteigenossen wohl darum diese Stellung ein, weil von dem in Belgien herrschenden Klerikalismus zurzeit nicht mehr zu erhalten ist. Herr Giesberts hat auch wieder einmal in das alte Terrorismusgeschrei eingestimmt. Es wäre wirklich besser daran, vor der eigenen Zentraleinstellung zu legen. Alle diese Auseinandersetzungen der neuen Gewerkschaften sollen wohl nur die Aufmerksamkeit von den kommenden innerlichen Streitigkeiten im Zentrum ablenken. Die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Fachabteilungen belegen sich ja gegenwärtig mit Bündnissen wie „Kämpfergruppe“ (KdP.) und ähnlichen christlichen Bündnissen. Da versteht man es, wenn Herr Giesberts sich aus dieser ungemeinen Situation mit München-Blaubachischer Weisheit herauszuwinden sucht, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen. Es bleibt bestehen: das bayerische Zentrum hat den Abschluß von Sozialdemokraten aus dem Eisenbahndienst verlangt. Es hat verlangt, daß sozialdemokratische Eisenbahnarbeiter nicht angenommen werden, ja, daß bereits im Dienst befindliche entlassen werden (Hört, hört! b. d. Soz.) und da bringt Herr Giesberts das unglaubliche Kunststück fertig, sich die Weisheitserklärung dieser Schauspielerleitung auf Bebel zu befehlen. Selbstredend haben wir stets die Altersfreizeit außerhalb der Betriebe für uns in Anspruch genommen. So hat auch Bebel erklärt, innerhalb der Betriebe mögliche Ruhe herzustellen, aber um die Verstärkung der Arbeitgeber außerhalb der Betriebe habe sich der Arbeitgeber nicht zu kümmern. Statt sich auf Bebel zu befehlen, möge sich Herr Giesberts lieber mit dem nur zu bekannten gewordenen Worte des Bischofs Hänke beschäftigen: „Der Knecht muss Knecht bleiben“. (Lärm im Zentrum.) Ich fürchte, die Worte werden bald zur allgemeinen Parole des Zentrums werden und wer sich ihr nicht stellt, wird fliegen. Es ist eine Unwahrheit, wenn uns Gegner schlagen gegen den paritätischen Arbeitsnachweis nachgesagt wird. Wenn Herr Giesberts hier allerteil Reiberetzen, wie sie in einzelnen Betrieben zwischen den verschiedenen Organisationen vorkommen, in ausführlicher Weise vorträgt, so könnte ich darauf mit langen Ausführungen antworten. Ich würde denn nachweisen, daß auf latenter Seite maßhaft die Dinge vorkommen, die Herr Giesberts, wenn sie anderswo vorkommen, „Verbrechen“ nennen. Jahre hindurch war des Verhältnisses der Arbeitersorganisationen unter einander gut, sie gingen namentlich im Westen gemeinsam vor. (Zuruf rechts: Die christlichen Arbeitersorganisationen gehorchten dem sozialdemokratischen Diktat!) Der Krieg ist namentlich dadurch verstärkt worden, daß die christlichen Organisationen in entscheidenden Fragen sich von der übrigen Arbeiterschaft trennen und auf die Seite der Unternehmer geschlagen haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nur verlasse ich dieses Thema (Kämpfende Kuse rechts und im Zentrum: Sie tun gut daran.) Ich verlasse dies

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(7. Fortsetzung.)

Anton klopfte dem Baron die Hand, worauf dieser ihn in die Wange kniff und in bester Weinlaune sagte: „Na, Schlingel?“ Sonst achtete niemand sonderlich auf ihn. Der freundliche Herr war eben dabei von seinen Reisen und Abenteuern zu erzählen. Anton legte die schlechte Geige auf einen leeren Stuhl und hörte, augenblicklich vom Vortrage des Redenden gesesselt, aufmerksam zu.

Der sogenannte Musikdirektor schien ein Mann von dreißig, bis fünfunddreißig Jahren. Sein Benehmen war das eines viel gereisten, nach allen Richtungen bekannten und gebildeten Menschen. Wo war er nicht überall gewesen? Was hatte er nicht gesehen, erfahren, durchgemacht? Der Sohn eines armen Kleinbürgers, des wohlhabenden Weizgerbers Karich, war er vor länger als zwanzig Jahren mit einer Bande musizierender Bergknappen aus dem Erzgebirge davongelaufen und kehrte nun als Herr Karino, bei einem kleinen Fürsten am Rhein als Kapellmeister angestellt, in die Heimat auf Besuch, in welcher niemand mehr von der ganzen Verwandtschaft am Leben, als des verstorbenen Vaters Bruder, der gute Pastor Karich in Liebenau. Diesen auszuforschen, trieb ihn wehmütige Erinnerung an die dahingeschwundenen Eltern, denen er so viel Kummer gemacht. Doch kaum war die erste Stunde, dem Gedächtnis der Toten geweiht, vorüber, als des Mannes unverhoffte Lustigkeit wieder ausbrach, und er in den nachliegenden Schein drang, ihn bei Onkel Nasus einzuführen, von dessen Rose, großem Durst und dreitöchterlichem Kleckblatt die gestern zur Sonnabendfeier angelangten Bettler mit schülerhafter Begeisterung verkündeten. Nasus, jugendlicher künstlerischer Neigung fremd und ohne Spur von Anteil für einen Virtuosen, nahm doch den Steffen seines treuen Seelenhirten und Winterabendgesellschafters gut genug auf, wurde aber sogleich überaus gnädig gegen ihn, als Karino angekündet, daß Künstler, besonders musikalische, unauslöchlich Durst empfänden. Mit Wein angefeuchtet, ließ er sich dem auch die fabelhaften Mitteilungen aus Karinos Erfahrungen huldreich munden. Die anderen hörten zu, wie man tat, wo man nichts Besseres zu tun weiß. Ottolie, wie schon erwähnt, schien mit ihren Gedanken am blauen Himmelzelt zu weilen, unter welchem verschleierte Schwalben hin und her schwieben. Anders war es mit Anton. Dieser verschlang jede Silbe. Und weniger

vielleicht waren es Erlebnisse, Schicksale, Taten und Erfolge, deren sich der Erzähler erholt, als vielmehr der steile Wechsel der verschiedenen Schauspiele, auf denen dieser wandernde Musiker erschien, zu denen er sich Bahn zu brechen gewußt. Eben erst in Prag eingeflossen, blies er schon als Mitglied in der Privatkapelle eines Stoeten zu Warschau die Klarinette. Kaum verhakten dort die Töne, als er bereits durch Galizien nach Wien gelangt und dasebst bei dem Orchester eines Vorstadttheaters Violinist geworden war. Bald darauf begleitete er irgend eine berühmte Sängerin auf dem Pianoforte, wie im Reisewagen nach Mailand — und plötzlich hörten wir ihn zu Neapel in einem Hofkonzerte das Brummen spielen, auf welchem er es zu seltener Fertigkeit gebracht haben will. Gadlich läuft er in konstantinowel schlichte Gefahr, gesäkt und ersäkt zu werden, wie ein Nest voll blinder, jünger Hunde, sieht sich aber über Unfahrt und ähnliche höchst musikalisch gestimmte Städte nach Deutschland zurück, wo er gerade zu rechter Zeit anlangt, um Seiner Durchlaucht dem Fürsten von X. Y. Z. die unterwegs komponierte Sinfonie aus His-mal zu führen zu legen und zur Belohnung dafür den Platz eines Musikdirektors an hochfürstlicher Kapelle zu erhalten, den er zwar für den Augenblick wie einen Ruheplatz betrachtet, aber ausdrücklich hinzufügt: Nur für so lange, als er selbst Ruhe brauchen und haben wird.

Anton, der in Liebenau aufgewachsen, das stille Dorf nie verlassen, — dem die umgebenden, wenn auch ausgedehnten Waldungen waren für ihn zum Dorfe gehörig! — der nie mal daran gedacht hatte, je von seiner Großmutter und deren Hütte zu scheiden. — Anton begrüßt weder die Beweglichkeit noch das Geschick des Tonkünstlers. Wie ein Bauarbeiter kam ihm der Mann vor, der in entfernten Landen sich heimisch und, bei der Sprache der Töne nicht an Worte gebunden, gestend gemacht. Eine neue Welt tat sich an diesem Abend vor Antonos Phantasie auf.

Sämtliche Zuhörerschaft, ein jedes darunter auf seine Art freilich, saß sich zuletzt durch des Erzählers Vortrag doch gefesselt, so daß niemand Zeit gewann, sich um Anton und seine außergewöhnliche Aufregung zu kümmern. Nur Ottolie entging nicht, was ihm bewegte. Sie sah, wie er mit verklärtem Antlitz an den Lippen des Redenden hing, und sie fand ihn, wie er aus tiefen Augen schaute, wunderbar schön. Ihrem wunderlich trohigen Charakter sagte eine gewisse Notwehr gegen solche Bewunderung zu; deshalb zerstörte sie sogleich absichtlich den Eindruck, den der Anblick des Körnchenherzigen auf sie wider ihren Willen hervorgebracht, indem sie sprödig fragte,

ob denn der Herr Musikdirektor über seinen eigenen unbedeutenden Schicksalen den bedeutenden jugendlichen Kunsterfolgen gänzlich vergessen wolle; der ja auf seinen Wunsch hierhergerufen worden wäre, um ihm vorzuspielen.

Karino lachte laut auf, bemühte den Strom seiner Rede und zeigte das lebhafte Verlangen, Anton zu hören. Ruhig reichte diesem seine armelange Gelge, aber schon beim ersten Griff platzten die Saiten. Sehr natürlich: Ottolie hatte alle vier mit ihrer kleinen Stäubchere unbemerkt durchschnitten. Das Gelächter wurde allgemein. Anton, in sprachloser Verwirrung, starrte Ottolie an, als ob er sie befreien wollte, warum. Zugleich drang ein Gefühl der Befriedigung durch seine Sinne, welches ihn währte, daß sie dies getan, um ihm eine Beishäming vor dem freudigen Meister zu ersparen. Dieser aber zögerte nicht, aufzuspringen und seinen eigenen Violinkasten aus dem Gastzimmer herabzuholen; — denn man hatte ihn auf dem Schlosse bewohnt, weil beim Pastor kein Raum vorhanden, der des weitgereisten Weltmannes würdig gewesen wäre. „Hier, mein Söhnen“, sprach er, „nimmt diese alte Kremonafiedel; auf ihr kommt Du zeigen, was für Hunde Du verstehst hinter dem Ofenloche hervorzutreten“.

Anton antwortete durch eine verneinende Bewegung des Hauptes; mit beiden Händen wehrte er ab, das kostbare Instrument zu berühren, und als Karino wiederholte in sprachloser Verlegenheit, in den Worten Lust: „Ich will es nicht entweihen mit meinen Fingern“.

Dieser gewählte Ausdruck aus dem Munde des Dorfschulzen überraschte Karino. „Was Deutest“, sagt er, „wie spricht denn Du? Schau mich doch an: Was der Junge für Augen hat!“ Coraggio, bellissimo ragazzo, Du wirst spielen; kost will ich Dich hören! Da, Kauf ein großes Glas Angerwein aus Onkel Nasus kühstem Kellerloch; spülte die jungfräulich verzagte Schüchternheit hinab; ergreife den Bogen und las mich erfassen, ob Dein Auge liegt!“

Zum ersten Male in seinem jungen Leben trank Anton Wein. Der edle Saft aus seinem gottgesegneten Lande durchdrang ihn mit rascher Glut. Ghe noch eine Minute vergangen, zog ein Feuerstrom durch seine Adern. Mutig ergriff er nun Karinos Bioline und spielte frei, ohne Zagen die alte schlichte Weise, die wir tausendmal vernahmen, ohne darauf zu achten, die uns aber entzücken würde, wenn wir sie als ausländisches Volkslied durch eine siende Sängerin kennen gelernt hätten; ich meine die überall verbreitete Melodie von tiefer Sinnigkeit und Wehmuth: „Es waren drei Reiter zum Tore hingegangen“ mit ihrem klagenden, wie drei Abschiedsfeuer verhallenden

„Ade! Ade! Ade!“

Thema wahrlich nicht, weil ich kein Material mehr habe — damit bin ich reichlich verfehlt — sondern weil ich der Meinung bin, daß der Staat des Reichskanzlers des Innern nicht dazu da ist, daß die Arbeiterorganisationen sich gegenseitig zerfleischen, statt gemeinsam für das Wohl der Arbeiterschaft zu wirken. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Der heute wieder einmal nicht im Saale anwesende Herr Gamp (Hitt. u. Sehr gut! links) hat gestern wieder einmal vom glänzenden Ausschluß der Arbeiterlöhne gesprochen. Die dünnen Zahlen der Statistik widerlegen diese Mären. Nach Herrn von Gamp verdankt die Arbeiterschaft ihre Bildung dem heutigen Staat und den herrschenden Parteien. Ganz im Gegenteil, sie verdankt sie den eigenen von oben her auf alle Weise bekämpften Bestrebungen. Tann hat Herr Gamp wieder einmal Schauergeschichten von angeblichem Terrorismus erzählt. So soll ein Streik ausgebrochen sein, weil ein Arbeitgeber einen diebstahls Angestellten entlassen habe. Wenn Herr Gamp solche Verdächtigungen hier vorbringt, dann hat er die Pflicht, sie zu beweisen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Abrigens werden in den Elberfelder Farbwerken, an denen nichts Wissens Herr v. Gamp stark beteiligt ist, nicht einmal Mitglieder der kath.-christlichen Gewerbevereine gebildet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Herr Giesbert sprach auch wieder von Vergewaltigung der Arbeitswilligen. Reibereien zwischen Streikenden und Arbeitswilligen kommen überall vor, auch wenn Mitglieder der christlichen Gewerkschaften streiken. Die „Köln. Volkszeit“ nannte neulich

die Arbeitswilligen wenig empfehlenswerte Elemente. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ebenfalls fragte die „Köln. Volkszeitung“ über nationalliberalen Terrorismus gegen katholische Arbeiter. Das kann sich Herr Stresemann merken, der ja auch so beweglich über Terrorismus fragte. (Sehr gut! b. d. Soz.) Da wir einmal bei dem Kapitel „Terrorismus“ sind, so will ich auch erinnern an den Terrorismus des Kaiserkabinetts gegen Bäckermeister, den Terrorismus des Kalifunkts und natürlich über den

Terrorismus des Bundes der Landwirte, über den fortgesetzte Klagen liberaler Geschäftsführer erörtert werden. Herner erinnere ich an das Vorgehen der Unternehmer gegen die Organisationen der Techniker und Handlungsgehilfen. Und nun vollends der

Terrorismus der Bergherren.

Eben ist erst wieder in Schlesien ein Bergmann, Vater von 6 Kindern, gemäßregelt worden, nur weil ihn das Vertrauen seiner Kameraden zum Knapschaftsältesten gewählt hatte. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Was sagen die Herren Giesbert, Riebeck und Stresemann zu allen diesen Arten von Terrorismus? Das Zentrum und die Konferenzen sind wieder einmal mit Resolutionen herangerückt, die auf eine

Transförlitzierung der Hausrücker

hingerichtet. Selbstredend beteiligen wir uns nicht an diesem üblichen wenig christlichen Vorgehen gegen die Stimmen der Armen. Es ist hier wieder viel von der sogenannten Pointe des Schüps der nationalliberalen Arbeit die Rede gewesen. Wir bekämpfen nach wie vor diese Pointe, die darauf hinausläuft, auf Kosten der breiten Massen weniger zuverlässigen Beute zu zuwenden. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Nun zum Schluß ein paar Worte über meine Resolutionen.

Reichsbergrecht.

In einer Linie verlangen wir den einschlägigen Arbeitstag für den Bergbau. Es ist bezeichnend, daß von allen Kulturländern Europas nur Rußland und Deutschland keinen geeigneten Nationalarbeitstag für Bergarbeiter haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir verlangen seines die reichsgerichtliche Entfernung der Grubenkontrolleure, die Sicherheitsmänner genügen nicht. Sie stehen in Arbeit und sind

Dreimal geigte er das Lied ohne irgendeine Variation, nur jedesmal trauriger, nun zuletzt nach Moll über und brachte ob daneben mühsamehr Sämt.

Die Anwesenden, obgleich erschaut, weil sie ähnliche Köpfe von Simeon Riedelbogen nie gehört, wagten doch nicht, sich zu äußern; gleich den Bewohnern meines Stadt auf den Ausdruck der Kritik harrend, die ihnen erst verstanden soll, ob ihnen denn auch gefallen dürfte, was ihren genau gefallen hätte.

Garno jedoch, plötzlich ernst geworden, legte seine Rechte auf Anton's Locktopf und sagte leise: „Junge, vom Geigen veracht' Du treulich nichts: Du hältst Deinen Bogen wie ein Bläseleisen und greifst wie ein Schneider, der Höhe sucht; auch kann ich nicht wünschen, ob in Dir ein tüchtiger Würfel oder ein auch nur leidlicher Witzose steht. Aber daß jemand in Dir steht, daß Du ein Herz, ein Gemüt, daß Du Gefühl und Geist hast, daß Gott in Dir wohnt, — das schwore ich Dir zu, so gewiß, als ich um arge Lump und daneben eine wahre Kämpferin bin. Den Jungen hältst warm, Ihr Onkels! Geht treulich mit ihm um, Ihr Damen und Veteranen! Das ist kein gewöhnlicher Kortflechter. Aus solchem Holze schmiedt das Schmiedal bisweilen seine Hauerwähler. Gib mir einen Kuß, Anton, ich habe Dich lieb.“

Diese in humoristischer Heiterkeit gesprochenen Worte machten auf alle Eindruck, sogar auf Onkel Anton, der seine Rührung mit einem tiefen Schlag hinunter zu schwärmen suchte.

„Lütke war hinter der Heuertür verschwunden.

Anton fand sich am meisten ergötzt durch das Wort „wahre Kämpferin“. Gatte nicht sein lieber Großvater, wie die alte Mutter Goslich ihm gekern abend erzählte, das liebe, unglückliche Fräulein, die schöne Antoinette, in väterlichem Stolze stolze so genannt? Und der fremde Meister mit italienischen Namen rührte sich selbst so und deneben einen „argen Lump“? Ein Ausdruck, den Anton zwar in Liederbüchern gebräuchlich hörte, dessen Bedeutung ihm aber klar schien. Männer denn alle wahren Kämpferinnen, so dachte er bei diesem Vergleich, andere Leute seien, wie die anderen Leute? Dann ergab es keine salatlose Geige, knüpfte sie verächtlich unter den linken Arm, schüttete Onkel Anton die Hand, empfahl sich schweren neuen Hörner, der aus der feierlichen bereits wieder in die dattlige Stimmung übergegangen war, verneigte sich vor dem Herrn Kaiser, vor Prinz wie Herz, rührte dem Kaiser und dem Kaisers gute Radt und lächelte fröhlich, lachten nicht mehr zu gewähren, aus der Laube. Als er jedoch beim Ausgänge der beiden noch einmal die Augen zurückwendete, sah er sie hinter dem Haustürflügel hervorwenden, und es schien ihm, als ob sie ihm einen Bläserkuß nachsende. Doch strafte er seine freudigen Augen und juckte sich jetzt einzutrocknen, die zweifelnde Überraschung nährte ihn gefährlich.

Groszmeister schwieg schon. Er ging auf den Zehen, um sie nicht zu wecken, aufzuhümmern. Er trat, sobald dann im Raum den Kaiserkoffer Satino mit einer unbekannten Frau im letzten Gespräch einherwandelte, wobei er sah, wie häufig im Raum vorherum, fruchtes abmühte, beide zu erreichen und abgebrochene Borte zu erlösen. Nur seinen eigenen Namen verzerrte er bisweilen.

(Fortsetzung folgt)

vom Grubenkapital abhängig. Auch hat das preußische Abgeordnetenhaus dafür gesorgt, daß in Preußen wenigstens die Sicherheitsmänner „weiße Salbe“ sind. Wer für unabhängige Arbeiterschaft in den Arbeitskammern eintritt, muß auch mit uns unabhängige Grubenkontrolleure verhängen. Heute werden die Sicherheitsmänner, die ja abhängig sind, gemischtregelt. Den Beamten ist Anweisung gegeben, mit den Sicherheitsmännern die Strecke recht schnell zu durchjagen.

„Ich will die Kerle schon zum Schwitzen bringen“ schreibt ein Grubenbaron. Die durch die Strecke gehetzten und in Schweiz gebadeten Männer werden dann an die Arbeit in der zugigen Weiterstrecke gestellt und noch verstöhnt. Die Schikanierung richtet sich gegen die christlichen Sicherheitsmänner genau so wie gegen die unseres Verbandes. Die Enquete über die Verhältnisse der Knapschaftskassen liegt uns nicht im Druck vor. Der Staatssekretär meinte, das werde zu teuer sein. Aber ich meine, so viel sind die deutschen Bergarbeiter wohl noch wert, daß man ein paar 1000 M. ausgibt, um diese Enquete im Druck erscheinen zu lassen, zumal sie nicht nur für den Reichstag, sondern für jeden Sozialpolitiker für Interesse ist. Wie verschieden die Zustände in den Knapschaftskassen sind, zeigt der Umstand, daß die jährlichen Durchschnittsrenten von 88 bis 92 Mark schwanken. Wir verlangen, daß die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tage gänzlich verboten wird. Selbstverständlich fordern wir auch das gleiche Wahlrecht für die Knapschaftskassen. Der Staatssekretär möge seine Ausmerksamkeit auch den Realabgaben zuwenden. Die grundbesitzenden Freiherren und Grafen ziehen Unsummen aus ihrem Besitz, die Familie Arenberg allein hat in einem einzigen Jahre 1393 000 M. erhalten. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun noch einige Worte über die Kohleneinfuhrzölle, die von der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie verlangt werden. Notwendig sind sie schon deshalb nicht, weil unsere Kohleinfuhr sinkt und unsere Kohlenausfuhr steigt. Außerdem würde durch einen Kohlenzoll die schlesische Kohlenindustrie stark geschädigt werden. Ich bitte den Staatssekretär, daß er nicht bloß den Wunschen von rechts Gehör geben möge, sondern auch unsern Wunschen; jedenfalls kann man nicht sagen, daß ich hier unverfüllbare Forderungen vertrete habe. (Lebh. Besatz. bei den Soz.)

Schwabach (W.L.): Der fortschrittlichen Resolution, das Reichsvereinigung möge seinem Wortlaut und Sinn entsprechend ausgeführt werden, und allgemeine Verbote öffentlicher Aufzüge mögen unterlassen werden, stimmen meine politischen Freunde zu dagegen werden wir dem weitergehenden Antrag des Zentrums, daß der Sprachenparagraph aufgehoben werde, nicht zustimmen. Die Gründe für den Sprachenparagraphen bestehen heute ebenso, wie bei seiner Einführung. (Bravo b. d. Matl.)

Gothein (F.): Die nationalliberale Partei will an den Söhnen unbedingt festhalten; sie hat sich eben an sie gewöhnt. Ich möchte das bezeichnen, als die Gewöhnung an das „Schenkliche“. (Heiterkeit links.) Unsere Hochschulglocken läßt sich auf die Tauer garnicht aufrecht erhalten. In der ganzen Welt macht jetzt der Freihandelsgedanke wieder Fortschritte. Auch das deutsche Volk wird es müde werden, sich die Leben-mittel dauernd verteuern zu lassen. Bei den letzten Nachwahlen haben die Parteien an Stimmen zunommen, die gegen die Zölle sind. Wenn die nächsten Wahlen den Freihändlern noch keine Mehrheit bringen, werden es die übernächsten gewiß tun. (Zurücknahme links. Lachen rechts und im Zentrum.) Die Nationalliberalen werden gut tun, den Sammlungsruhen des Reichstags zu folgen. Zu den Armen der Rechtsparteien würden sie sonst enttäuschen. Da die große Holleralarm des Grafen Ranft werden wir nicht eintreten. (Quauff rechts: Schade!) Das ist Ihnen jetzt, wo die Zölle vor den Wahlen breitlig wird, gewiß unangenehm. Wir bleiben aber die alten. (Lebh. Besatz links.) Mit den Nationalliberalen können wir jetzt ein gut Zünd zusammengehen; hoffentlich entschließen sich die Nationalliberalen auch dazu, den Landarbeiter das Koalitionsrecht zu geben und die Gefindeordnungen zu befehligen. Die Verbedingung für jeden Fortschritt ist natürlich die Verschärfung des schwarzblauen Blocks, und diese Zustimmung wird uns bei den nächsten Wahlen gelingen. (Lebh. Besatz links.) Wenn dann eine andere Reichstagsschheit freiheitliche Beschlüsse sagt, dann will ich doch einmal sehen, ob nicht auch die Regierungen nachgeben müssen. Der Staatssekretär hat behauptet, er sei vollkommen unabhängig. Tatsächlich besteht eine gewisse Gottgewollte Abhängigkeit der Regierung von den Junkern und Schlossbesitzern. (Sehr richtig! links, Zuruf: und von den Bassen!) Das Zentrum läßt seine Arbeitervertreter hier hochtönende sozialpolitische Reden halten, bei den Abstimmungen aber kommandiert es geradezu viel Leute ab, als notwendig sind, um einen fortschrittlichen Antrag zu Fall zu bringen. (Sehr richtig! links.) Wir sind gegen den Terrorismus, von whom er auch ausgeht, gegen den Terrorismus der Gewerkschaften und den der Unternehmer. Leider treibt auch der preußische Kästus Terrorismus. Der Oberbergrat Böhlken hat erklärt: wer auf den Gruben Sozialdemokrat ist, der fliegt. Das ist der selbe Terrorismus, der Ihnen (nach rechts) so wenig begegnet, wenn er gegen Sie angewandt wird. (Sehr wahr! links.) Offenkundig ist der Boykott und der Terrorismus, den der Bund der Landwirte betreibt. Wenn Sie (nach rechts) gegen den Terrorismus sind, warum sind Sie dann in Preußen gegen das geheime Wahlrecht? (Sehr gut! links.) Was ist denn der Grund für Ihre Begeisterung für die öffentliche Wahl, als daß Sie die Wähler kontrollieren und denjenigen wirtschaftlich schädigen wollen, der nicht so wählt, wie Sie wünschen. (Sehr wahr! links.) Deshalb haben Sie ja auch nichts gegen Zigarettensteuer als Beihilfen bei den Reichstagswahlen. (Heiterkeit.) Von einer Abhängigkeit des Mittelpunkts kann allgemein nicht gesprochen werden. Wohl aber besteht eine an Fortschritt grenzende Abhängigkeit von den Syndikaten. Hier könnte der Staat für die Freiheit des Individuums sorgen. Den Handwerkern würde am besten geholfen werden, wenn man mit der Volksbank der Beteuerung der Lebensmittel reicht. (Sehr wahr! links.) — Redner tritt für Tarifverträge auch für den Bergbau ein. Der sozialdemokratischen Resolution für ein Reichsbergwerksgesetz stimmen wir zu. Brot und Freiheit muß die Lösung der Sozialpolitik laufen. (Lebh. Besatz links.)

Weidach (Pole): Weist auf die niedrigen, zum menschenwürdigen Leben nicht ausreichenden Löhne hin, die im oberösterreichischen Bergwerksteier, z. B. auf der Donnerseggmühle (Hört, hört! bei den Soz.), gezahlt werden und unter die Parteien der Linken und das Zentrum für Besserung zu sorgen. Mit durchdringender Nachdrücklichkeit das oberösterreichische Grubentkapital alle Versuche der Bergflüchtigen, an ihren Ketten zu rütteln, nieder. Nach einem möglichsten Streit hielten die Bergherren Musterung unter den blutigen Bergleuten, warten Bergleute, die seit Jahren auf der Seite gearbeitet hatten, erbarmungslos auf die Stoße und sorgten dafür, daß die Gemahrgesetzten nirgendwo mehr Arbeit fanden. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Und mit den elenden Hungerleibern vergleiche man die plänzigen Dividenden der oberösterreichischen Kapitalisten! Eine Gesellschaft zahlt 120 Prozent und darüber. (Lebh. Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein ab-

gelegter, alter, schwindflüchtiger Arbeiter wurde vor der Bettenverwaltung bei strömendem Regen aus seinem Mietschafter vertrieben. (Bewegung; Rufe b. d. Soz.: Wut! Wut!) Und wenn nun die geplagte volkstümliche Bevölkerung Oberschlesiens versucht, die verfassungsmäßige Versammlungs- und Vereinsfreiheit zur Besserung ihrer elenden wirtschaftlichen Lage zu benutzen, dann werden alle möglichen Schikanen angewandt, um dem Volk seine Rechte zu nehmen. Nicht rächt es sich auch, daß der Kreis im dem Sprachenparagraphen zugestimmt hat, was er jetzt wohl nicht noch einmal täte. Wir bitten um Annahme unserer Resolution, die eine Aufhebung dieses Paragraphen verlangt. Den Kästel ist jetzt die einzige Lebensfreude der oberösterreichischen Arbeiterschaft. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Ich schließe mit dem Worte des Professors Schönrey: Mit Waffengewalt kann man wohl ein Land erobern, aber ein Volk nicht. (Lebh. Besatz b. d. Polen; Zuruf b. d. Soz.: Und was sagt Herr Delbrück dazu?)

Ein Schlaukram wird angenommen.

Hennabach (SD.): zieht die Resolutionen betreffend Gewerbevereinssachen und Hüttenerbeiterlöhne zur dritten Lesung zurück, um sie dann begründen zu können.

Angekommen wird eine Resolution aller Parteien auf Herbeiführung einer deutschen Einheitsparraphre:

Resolutionen der Nationalliberalen betr. Gleichstellung der Gehilfen der Rechtsanwälte, Notare, Beamten der Krankenkassen usw. in bezug auf Arbeitszeit, Kündigungsfristen usw. mit den Handelsangestellten, betr. Übertragung der sozialen Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs auf die technischen Beamten, betr. Unfallfürsorge bei Arbeiten, die freiwillig zur Belastung von Personen vorgenommen werden;

eine Resolution von Normann betr. Zuweisung von Aufträgen der Reichsbetriebsverwaltung an das Handwerk.

Resolution Ablauf und Gen. (Vpt.) betr. Sicherung des Wahlgeheimnisses gegen die Stimmen der Konservativen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie wollen weiter mögen!) Antrag der Polen betr. die einheitliche Regelung des Bergrechts und

Resolution von Garmer (R.) betreffend die Wanderaufzüge.

Abgelehnt wird eine Resolution des Zentrums betr. Einschränkung des Hauferhandels, ferner ein Antrag der Sozialdemokraten auf Schaffung eines Reichsberggesetzes.

Die Abstimmung über weitere Resolutionen wird bis zur 3. Lesung ausgelebt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluss 6½ Uhr.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Am Dienstag nahm die Kommission die bereits schon zweimal abgebrochene Debatte über das Kaliabonnement wieder auf. Verwendung der Kaliabgaben wieder auf. Abg. Gothein wies auf die müße Gründertätigkeit hin, die seit Schaffung des Kaliabgesetzes eingegangen habe. 79 neue Werke sind errichtet worden, 25 weitere neu werden vorbereitet. Über 200 Millionen Kapital ist in der Kaliindustrie neu angelegt worden. Trotz einer vielfach ansteigenden Produktion seien die Kaliabfälle immer noch sehr hoch und das reize natürlich zu immer neuen Unternehmungen. Es könnte nur noch eine Frage ganz kurzer Zeit sein, bis die Kaliindustrie eine schwere Katastrophenerei einbreche. Seit der wütigen Gründertätigkeit seien die Kurve von einer Ausnahme abgesunken, mindestens um 50 Prozent, bei vielen Werken um 100 bis 150 Prozent gestiegen. Das müsse zur Katastrophe führen. (Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß auch Abg. Gothein beim Kaliabonnement gegen alle sozialdemokratischen Anträge gestimmt hat, die die finanziellen Neuordnungen von Werken verhindern sollten.) Gothein forderte vom Bundesrat, daß er die Rabattsummen beim Kaliabonnement festlege und zwar so, daß nicht nur weniger groÙe landwirtschaftliche Verbände den Rabattsummen erhalten können, sondern daß der Nutzen der ganzen deutschen Landwirtschaft zugute kommt. Das die Propagandagelder, die aus den Kaliabgaben fließen, zu politischen Zwecken missbraucht würden, könne doch garnicht bestritten werden. In den Mitteilungen des Bundes der Landwirte sei wörtlich geschrieben worden:

„Durch die geschäftliche Verkaufsstelle (die auch den Abnahmen Kali zu beitreten hat) des Bundes der Landwirte fließen — trotz der hohen Rückvergütung an die Bundesmitglieder — der Bundeskasse größere Mittel zu und kommt der Bundesvorstand dadurch immer mehr und mehr in die Lage, die bei weitem wichtigste Aufgabe des Bundes — Einfluß auf Gesetzgebung und Staatsverwaltung — zu erfüllen. . . . In die Bundeskasse fließen bedeutende Rabatte (so hohe Kaliabatte), die er (der Bund) von seinen Lieferanten erhält, und die dann zwischen Bezüger und Bundeskasse geteilt werden.“

Die offizielle Mitteilung des Bundes bestätigt somit den politischen Charakter des Bundes und zugleich, daß die Bundesverkaufsstelle zuließende Gelder vom Bunde zur politischen Agitation benutzt werden. Dagegen müsse energetisch gekämpft werden, daß Abgaben, deren Verteilung der Bundesrat vornehmen kann, einzelnen Interessenten zur Erfüllung politischer Ziele übermittelt werden.

Abg. Arendt betonte, im letzten Jahre sei für 12 bis 18 Millionen Mark Kali nach Amerika geliefert worden. Höffentlich werde die Verwendbarkeit des Kali in den deutschen Kolonien gründlich erprobt, um dadurch die dortige landwirtschaftliche Produktion zu heben. Hinter diesem Vorschlag witterte Abg. Speck den Versuch, auch dem kolonialwirtschaftlichen Komitee Propagandagelder zuzuführen.

Unterstaatssekretär Richter wandte sich dagegen, daß bei der Debatte über die Propagandagelder politische Erwägungen eine Rolle spielen, deshalb (1) darf man nicht fordern, daß dem Bunde der Landwirte fortan keine Propagandagelder mehr gegeben werden sollten. Abg. Roessle, Direktor des Bundes der Landwirte, erklärte, von ihm sei niemals behauptet worden, der Bunde sei nicht politisch; er bestreite aber, daß der Bunde der Landwirte parteipolitisch sei. An Propagandageldern habe der Bunde von 1903 bis 1909 jährlich etwa 36 000 bis 37 000 M. erhalten. Zu dieser Summe müsse der Bunde zur Propaganda für den Kaliabstoff zugeschiesen.

Heim (Zentrum), dem die Polen ihren Sitz abgetreten haben, betonte, daß er in der Kalifrage auch heute noch die gleiche Stellung einnehme, wie bei der Schaffung des Kaliabgesetzes. Damals seien auch seine Parteikollegen mit seiner Stellungnahme einverstanden gewesen, während ihre früheren Haltung in Widerspruch standen. Mit besonders scharfer Betonung führte Heim aus, sein Fraktionkollege Speck werde es verstehen, wenn er (Heim)

sage: „Ich gehöre nicht zu den Leuten, die ihre Stellungnahme von äußeren Umständen abhängig machen.“ — Heim deutete damit an, daß das Zentrum mit Rücksicht auf seine Stellung als Regierungspartei und auf sein Bündnis mit den Linkern seine Haltung in der Kaiserklausfrage geändert habe. Heim wies weiter nach, daß die kleinen landwirtschaftlichen Verbände einfach geworden würden, sich in die Abhängigkeit von den größeren Verbänden zu begeben. Wollen die kleinen Verbände Kali zu Rabattpreisen beziehen, müssen sie ihn vom Bunde oder vom landwirtschaftlichen Reichsverbande oder auch von der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft nehmen, die dann die Propagandadokumente ausstellt. Auf diese Weise habe man den bayerischen und bayerischen Bauernbund untergebracht. Heim behandelte den Umsatz des Zentrums in dieser Frage mit unverkennbarem Hohn und Spott, wodurch besonders die Abg. Erzberger und Speck eine recht unangenehme Verstellung erhielten. Heim deutete auch an, es seien bereits Bestrebungen im Gange, ihn bei der Debatte im Plenum mundtot zu machen. Von jeder Fraktion solle nur ein Redner sprechen, und da Heim von seiner Fraktion boykottiert wird, kommt er nicht zum Worte. Es muß also zwischen ihm und den Zentrumsführern bittere Feinde herrschen, sonst wäre der energische Wortlos Heims gegen die eigene Fraktion nicht denkbar.

Die Debatte mußte abermals vertagt werden; vorher wurde ein Antrag angenommen, die Regierung möge die Verträge vorlegen, die das Kaiserkalender mit den Abnehmern abgeschlossen hat. Unterstaatssekretär Richter hatte sich gegen diesen Antrag gewandt, ohne einen stichhaltigen Grund für seine Stellung anzugeben. — Am Mittwoch wird die Debatte fortgesetzt werden.

Die Verfassung für Elsaß-Lothringen.

In der Dienstagssitzung hat die Kommission mehrheitlich den Kompromißvorschlag der Regierung angenommen. Mit 18 gegen 9 Stimmen wurde folgendem Zentrumssatzung zugestimmt:

„Das Reichsland Elsaß-Lothringen gilt im Sinne der Art. 6 Absatz 2 und Art. 7 und 8 der Reichsverfassung als Bundesstaat. Die Staatsgewalt wird in ihm vom Kaiser ausgeübt.“

Daßt stimmen Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittsler, ein Reichspartei und ein Volk. Die Bestimmung, die im Antrage enthalten war, der Kaiser über die Reichsgesetze „im Namen des Reichs“ aus, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen gestrichen.

Die vorhergehende Debatte war sehr lebhaft. Der Reichspartei v. Dreyse verlängerte das zu große Entgegenkommen der Regierung, das in der Gewährung von drei Bundesratsstimmen liege. Die Bestätigung des Bürgermeisters Forstel in Meix habe einen üblen Eindruck gemacht. — Der Amtskreis Gräf (Weimar) erhielt in dem Entgegenkommen geradezu eine Ernennung Preußens. Das die Elsässer und Lothringer für die Selbständigkeit noch nicht seien, gehe aus ihrer ablehnenden Haltung gegen die Militärvorlagen hervor. In ähnlicher Weise äußerten sich auch die konservativen Abg. Bünker und Wagner, der in der Vorlage sogar ein Ausnugmeyer gegen Preußen erblickte. Abg. Spohn erklärte die Zustimmung seiner Partei zu den Regierungsvorschlägen. Die Bestimmung, daß die elsässisch-lothringischen Bundesratsstimmen nicht gezählt werden sollten, wenn Preußen nur mit diesen Stimmen die Mehrheit haben würde, solle verhindern, daß der Einfluß Preußens im Bundesrat durch die Neuordnung verstärkt werde. Abg. Müller-Meiningen und Abg. Bassemann erkannten an, daß Preußen ein gewisses Entgegenkommen gezeigt habe.

Die sozialdemokratischen Redner Böhme und Ledermann erklärten, daß sie ihre endgültige Stellung von der Feststellung des Gesamtrechtes abhängig machen würden, namentlich aber auch davon, auf welcher Grundlage die Landesregierung aufgebaut und wie das Wahlrecht gestaltet werde.

Staatssekretär Delbrück bestritt, daß Preußen entsmann werde. Das würde richtig sein, wenn man Preußen die Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat abgetrotzt hätte. Aber Preußen selbst habe den entsprechenden Vorschlag gemacht. — Die weitere Beratung wurde auf Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Protest gegen sächsische Methoden. In Vogtsberg bei Döbeln i. Vogtl. haben sämtliche sozialdemokratische Gemeindevorsteher und Erziehungsleute ihre Mandate niedergelegt. Unsere Genossen hatten im Gemeinderat die Mehrheit, und Genosse Alwin Müller, der dem Gemeinderat nun seit 12 Jahren angehört, wurde einstimmig zum Gemeindeältesten gewählt. Die Amtshauptmannschaft verfügte die Bestätigung, da Müller „sozialdemokratischer Agitator“ sei. Eine Beschwerde an die Kreishauptmannschaft war erfolglos; es wurde vielmehr eine Neuwahl angeordnet, die aber wieder auf den Genossen Müller fiel. Nun forderte die Amtshauptmannschaft Döbeln eine andere Wahl; das Amt werde sonst durch die vorgesetzte Behörde besetzt werden, und außerdem würde die Gemeinde die Kosten zu tragen haben. Der Gemeinderat entschloß sich hierauf zu einer anderen Wahl, der nach sechs Wochen ebenfalls die Bestätigung verliegt wurde, da der Gewählte „der sozialdemokratischen Partei angehöre.“ In einer öffentlichen Einwohnerversammlung wurde dann einstimmig eine Protestresolution angenommen, in der die Gemeindevorsteher aufgefordert wurden, ihre Mandate niederzulegen. Diesem Beschlusse sind die sozialdemokratischen Vertreter nun nachgekommen, sodass die Gemeinde Vogtsberg, ein Ort von etwa 3000 Einwohnern, gegenwärtig ohne berücksichtige Vertreter ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Sitzungsschule in Wittenberge treibt beim Streik in der Schokoladen- und Zuckerfabrik von Mahn u. Co. ihr Unwesen. Gegen die Streikposten gingen die Arbeitswilligen vom ersten Tage an tatsächlich vor und die Ausländer bedrohten sie mit Revolvern. Nach ihrem eigenen Eingeständnis ist die ganze Garde mit Revolvern ausgerüstet. Die Polizei wurde davon unterrichtet; der Streikleitung wurde jedoch die Antwort zuteil, daß die Streikbrecher Revolver tragen dürften. Also auch hier wird den zusammengelaufenen, recht zweifelhaften Elementen indirekt das Recht zuerkannt, in unverantwortlicher Weise gegen um ihr Recht kämpfende Arbeiter vorzugehen.

Der Denker Landfriedensbruchprozeß.

Am Mittwoch, dem 3. Verhandlungstage, wurde die Zeugenerhebung fortgesetzt. Erster Zeuge ist der Kaufmann Robert Hauptmann, der aus dem Gefängnis vorgeführt wird. Er ist wegen Betrugs und Untreue bereits oft

mit Gefängnis vorbestraft. Zugleich verblieb er eine Strafe von 10 Monaten wegen Betrugs und Unterschlagung. Er wirkte auf der Deutzer Baustelle als Arbeitseinsitzer. Am 4. Oktober seien die Arbeitswilligen auf dem Wege vom Bau angegriffen worden. Sie hätten sich trocken auf die Straßenbahn setzen können. Verschiedene der Angeklagten hätten mit Steinen geworfen; ein Schuhmann, der vor die Brust geslossen worden sei, habe seinen Säbel gezogen. Am 1. Oktober sei er von Fröhlich verfolgt und belästigt worden, sodass er und zwei Arbeitswillige um volkstümlichen Schuh nachsuchen mussten. Fröhlich habe gedroht und gesagt, man werde ihnen die Knochen kaput schlagen, wenn sie weiter arbeiteten.

Es wird dann noch einmal der Arbeitswillige Vertreter am aufgerufen; er bekundet, bei der Unterredung mit Fröhlich nichts davon gehört zu haben, daß gedroht worden sei, man werde ihnen die Knochen zerstören. Im Gegenteil habe er zu Hauptmann gesagt, wenn jeder so anständig gearbeitet hätte wie Fröhlich, hätten auch sie die Arbeit niedergelegt. Auch am 3. Oktober sei Fröhlich ihnen anständig entgegengetreten und habe sie gebeten nicht in die Wirtschaft zu gehen, wo sich die Streikenden aufhielten.

Es werden darauf die Schulzleute vernommen, die am Abend des 3. Oktober vor der Baustelle gestanden haben. Sie sagen, sie seien angegriffen worden, als sie die Arbeitswilligen zur Straßenbahn bringen wollten. Sie hätten dann blank gezogen; aus der Menge sei mit Pfastersteinen und Knüppeln geworfen worden.

Zwei Bürobeamte sagen aus, sie seien auf leerer Straße ohne jede Veranlassung von einem Schuhmann mit blauem Säbel angegriffen worden. Einer der Zeugen hat eine Kopfverletzung davongetragen. Ähnliches bekunden mehrere Arbeiter, die aus der Fabrik kamen. Sie hätten zu dem Vorhaben der Schuhleute keine Veranlassung gegeben, trotzdem ist einer von ihnen durch einen Säbelhieb verletzt worden. Zu einer Wirtschaft, in der sich auch Fröhlich aufhielt, hätten sie von diesem Zwischenfall erzählt. Der Wirt dieses Lokals kennt Fröhlich seit 10 Jahren als ruhigen Geschäftsmann, der die Arbeiter stets zur Ruhe und Bejaunheit ermahnt habe. Er traue ihm nicht zu, jemals Streikende aufgehetzt zu haben. — Die Verhandlung wurde darauf auf Donnerstag vertagt.

Aus dem Gerichtsaal.

Der Landfriedensbruchprozeß in Kottbus. Wie kurz mitgeteilt, wurde im Anschluß an einen Lohnkampf des Holzarbeiterverbandes in Klinz am 1. Mai am Dienstag und Mittwoch vor dem Schwurgericht in Kottbus ein Landfriedensbruchprozeß verhandelt. Am November 1910 legten die Möbelmöller der Firma Schulte die Arbeit nieder, weil die Firma die Anerkennung des Tarifs verweigerte. Mit Ausnahme des führenden Möllers Dieterhoffen schlossen sich alle Arbeiter dem Streik an. Dies bemühte sich dann, auf den umliegenden Dörfern Streikbrecher anzuwerben. Es ist begreiflich, daß sein Verboten die kämpfenden Arbeiter empörte. Einige der Streikenden und ein paar andere Holzarbeiter verabreichten eines Tages dem Streikbrecheragenten Dieterhoffen einen empörenden Teufelszettel. Einige der Streikenden hatten sich, wie sie unbekümmertweise in der Vorankündigung zugaben, nicht nur verabredet, sondern auch mit Schlagwaffen reisefahren. Bei der Konstituierung der Anklage auf Landfriedensbruch hatte die Staatsanwaltschaft um so leichteres Spiel, als ein Teil der Angeklagten die Bedeutung der Anklage in der Voruntersuchung nicht recht erkannt zu haben scheint. Hinzu kommt noch, daß der sogenannte Möbelmöller bereits wegen Widerlichkeit gegen die Staatsgewalt vorbestraft ist. Die Beweisaufnahme am Dienstag ergab nur wenige von der Voruntersuchung abweichende Punkte. Die Staatsanwaltschaft erkannte an, daß bei einem Lohnkampfe, bei dem die sozialistischen Interessen ganzer Arbeiterschichten auf dem Spiel standen, die Erregung der Arbeiter besonders groß sein könne. Der Staatsanwalt beantragte deshalb auch die Unterfrage auf mildende Umstände. — Rechtsanwalt Horne forderte in seinem Plädoyer für seine Klienten milde Umstände in weitem Maße. Das Urteil lautet gegen Matthes auf 6 Monate, Klingmüller („Führer“) 8 Monate, Richter 9 Monate, Redemann 8 Monate, B. Hunger 8 Monate, R. Hunger 4 Wochen, Görlitz Freispruch, Sibio 4 Monate, Budenz 4 Monate, Herold 4 Monate, Hermann 4 Monate, Richter 8 Monate, Bonisch 8 Monate, Kipping 4 Monate Gefängnis, außerdem wurde noch ein Angestellter freigesprochen. Die Urteile entsprechen den Voraussetzungen der Staatsanwaltschaft. Die Urteile treffen meist junge Leute bis zu 20 Jahren.

Darlehnschwindler. Der Kaufmann Emil Leider, der bereits mehrfach vorbestraft ist, hatte in Berlin ein „Bank- und Kommissionsgeschäft“ unter der Firma G. Leider & Co. gegründet. Er lockte durch vertrauliche Leute an, die gegen billige Zinsen Darlehen suchten. Melde sich jemand, so mußte er zunächst einen Lebensversicherungsvertrag abschließen und so schnell wie möglich die eine Prämie bezahlen. Das Darlehen erhält er jedoch nie in allen. — Nach einer mehrjährigen Verhandlung gegen Leider vor der Berliner Strafkammer hält Staatsanwalt Dr. Riegel in 18 Fällen einen Befrag für nachgewiesen. Da in diesen Fällen die Darlehnsucher um Beträgen bis zu 3000 Mark hinauf geschädigt worden sind und die Beweisaufnahme ergeben habe, daß Leider in ganz systematischer Weise auf Raub ausgehe, beantragte der Staatsanwalt gegen Leider fünf Jahre Zuchthaus, 3000 Mk. Geldstrafe und drei Jahre Chorverlust. Der Gerichtshof verurteilte Leider zu vier Jahren Gefängnis und 1800 Mk. Geldstrafe event. noch 180 Tage Gefängnis.

Buchstabenjustiz. Dreißig Pfennige — ein Jahr Gefängnis! Weil ihre Kinder hunger hatten, wagte die Fabrikarbeiterin Frau E. in Dresden in dem von ihr bewohnten Haus einen „schwernen“ Diebstahl. Mit einem falschen Schlüssel öffnete sie den Keller einer Nachbarin und entnahm ihm für ungefähr 15 Pf. Brotkörner und für ebenso viel Kartoffeln. Weinend sah sie die Frau ihre Notlage. Der Mann verdient höchstens 18 Mk., davon erhält sie 12 Mk. von dem Rest betrteite er Miete, Steuern usw. Am betreffenden Tage war kein Pfennig mehr im Hause, auch nichts zu essen und kein Feuerungsmaterial. Da die Frau vor vielen Jahren (neun Jahren) hat sie sich straflos gehalten, zwei Diebstahlstrafen verwirkt hat, kamen die erschwerenden Bestimmungen des Rückfalls in Betracht und das Gericht mußte (?) sie laut § 244 des Strafgesetzbuches zu einem Jahr Gefängnis (der Mindeststrafe) verurteilen. (19) Staatsanwalt wie der Vorsitzende wiesen sie auf den Gnadenweg und schickten sie in die Gerichtsschreiber, wo schon die nötigen Anweisungen erteilt waren.

Aus Nah und Fern.

Der staatsgefährliche Kalender. Die Eisenbahndirection in Katowic hat sich zu einem fürchterlichen Verurteilungsfeldzug gegen die sozialdemokratischen Volkskalender

entschlossen, die gegen Ende des vorigen Jahres im ober-schlesischen Industriebezirk zur Verteilung gelangten. In allen Werkstätten wurde durch Anschlag verboten: „Es ist mahrgekommen worden, daß ein sozialdemokratisches Heft verfolgender Oberschlesischer Volkskalender 1911 herausgegeben wird.“ Die Eisenbahndirection Katowic hat den Arbeitern nichts darüber vorzuhaben, welche Kalender sie lesen sollen. Die Direction soll ihre Arbeiter anständig behandeln und bezahlen, sie aber nicht terrorisieren und drangsaliert.

Von den „Unpolitischen“. In Stolp in Hinterpommern wurde eine liberale Zeitung ins Leben gerufen, die sich den besonderen Hass des Kriegervereins „1870“ aufzog. Während die anderen Kriegervereine am Orte das Blatt mit Interesse bedachten, wurde es von den 1870ern boykottiert. Als Mitglieder den Wunsch ausdrückten, die Interessen auch den liberalen Blatt zugewendet werden drohte der Vorsitzende der 1870er, Landgerichtsrat und Hauptmann der Reserve Fleißbach nicht nur mit der Niederlegung seines Amtes, sondern soll auch bewirkt haben, daß die anderen Kriegervereine ihre Interessen zurückholten. Um dem Boykott zu entgehen, meldete der Bevölker der Zeitung seine Mitgliedschaft bei den 1870ern an und erhielt darauf von Fleißbach folgendes erbauliche Schreiben: „man nehme an, daß nicht Geschäftsinteresse ihn zur Aufnahme leite, sondern echte Kameradschaft, aber man stelle ihm anheim, sein Aufnahmegesuch zurück zu ziehen, denn die Gründe, die für das Nichtinteressieren in keiner Zeitung maßgebend waren, könnten auch für das Aufnahmegeruch maßgebend sein. Sollte er jedoch darauf bestehen, möge er seinen Militärpas, einen selbstgeschriebenen Lebenslauf, Reisen und einen Bericht über seine politische Tätigkeit einreichen.“ Der Mann war klug genug nach dieser liebenswürdigen Antwort auf die Ehre zu verzichten, Mitglied der 1870er zu werden.

Nur ein rentenungriger Arbeiter. Ein Rentenarbeiter hat bei der Thüringischen Landesversicherungsanstalt den Antrag auf Invalidenrente gestellt. Um den Grad seiner Erwerbsfähigkeit festzustellen, wurde die Beobachtung der medizinischen Klinik in Gotha angeordnet. Dieser Mann ist während seiner Beobachtung auf dem Korridor untergebracht worden. Er hat sich bei schwererleidend an die Versicherungsanstalt in Weimar gewendet, die auf seine Beschwerde einwiderte, daß das Direktorium mitgeteilt habe, daß nur „außergewöhnliche“ Umstände seine Unterbringung auf dem Korridor bedingt haben. Wenn ihm (dem Untergebrachten) diese Unterbringungsweise nicht zusätzliche, so hätte er sich mit der „Bitte“ um Abschaffung an die Schwester oder an den Arzt wenden müssen. — Es ist doch etwas Sauberes, wenn man ein angehender Reichsrentner ist. Vielleicht bedenken es die außergewöhnlichen Umstände auch einmal, daß solch ein Rentenanspruch auf dem Wäscheboden unterschritten wird.

Ungetrene Beante. August Höpfner, der Rentenarbeiter der Nationalliberalen im Siegener Lande, ist wegen Unterschlagung von 12000 Mk. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es handelt sich um die Veruntreuung von Gehörschäftsgegenwerten. Außerdem hat der Rentenarbeiter auch noch Witwen und Waisen um Geschenken gebracht; deswegen wird er jetzt später zu verantworten haben. — Damit die Pacifität gewahrt bleibt, hat sich Donnerstag eine andre Ordnungsstufe des Landes, der Siegerländer kirchlich-soziale Gewerkschaftsbeamte Will, gegen Unterschlagungen zu verantworten, die er bei dem Siegerländer Gewerkschaftskongress begangen hat.

Im Wahlkreis. In der Vorstadt Lindenholz bei Mainzheim hat der Pfarrer Registrator Heidt, wahrscheinlich infolge einer Geistesförderung, zwei seiner Kinder, ein Mädchen von zwei Jahren und einen Sohn von acht Jahren, durch Revolverstich getötet und dann sich selbst erschossen. Die Frau des Heidt war am Samstagabend in ein Sanatorium gebracht worden.

Jugendfürsorge auf dem Laube. Vor einigen Tagen hielt der Bezirksverband München-Land für Jugendfürsorge im Sitzungssaal des Bezirksamtes seine erste Generalversammlung ab. Einschienen waren der Bürgermeister, Lehrer und Geistliche, sowie Vertreter der Staatsbehörden. Aus den eifrigsten Beratungen konnte man zweierlei entnehmen: einmal was für eigenartige Begriffe manche Landgemeinden von Jugendfürsorge haben, und ferner, daß den Jugendfürsorgern auf dem Lande von einer Seite Schwierigkeiten erwachsen, von der man es am allerwenigsten erwartet sollte. Was gewisse Bürgermeister unter Jugendfürsorge verstehen, dafür mag folgendes Beispiel aus dem gesamten Volksamt erzählt werden: einen drastischen Beweis liefern. Eine Landgemeinde hatte einen zwölfjährigen Jungen unterzubringen. Was tat nun der Herr Bürgermeister? Er versteigerte den Jungen an den Wenigstbietenden. An seinem Konto bekam nun der Knafe sein eigenes Bett, sondern mußte bei der Magd in einem Bett schlafen. Und diese Magd empfing dabei noch sehr häufige und abwechslungsreiche pädagogische Soziale die Jugendfürsorge auf dem Lande unter dem Schutz der hohen Geistlichkeit aus!

Aus dem Inne. Aus London wird gemeldet: Auf der Fahrt von Preston nach Kendal wurde in einem Expresszug eine Dame von einem Unbekannten, der in Lancaster eingestiegen war, angegriffen und nach heftigem Kampf, in dem er sie zu erwürgen versucht, aus dem Fenster geworfen; sie wurde verhältnismäßig wenig verletzt. Der Attentäter sprang auf der anderen Seite aus dem Zug und entkam.

Unwetter im Süden. Meldungen aus Via Reggio aus folge ist in Südtirol gestern ein von einer Flutwelle begleiterter Zyklon niedergegangen, der in den Bäumen großen Schaden angerichtet hat. Zahlreiche Fischerboote sind zerstört worden. Der Sturm beschädigte auch eine große Anzahl Wohnhäuser. Viele Personen sind auf offener Straße zu Boden geschleudert worden. Eine Fabrik, in welcher 105 Arbeiter beschäftigt waren, ist zum Teil eingestürzt, fünfzehn Arbeiter wurden schwer verletzt. Unter der Bevölkerung entstand eine große Panik. Truppen sind mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt und errichten Hilfsstationen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Cö. Sämtlich in Südbayern.

finden durch den „Südbayerischen Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Südbayerischen Volksboten“.

Inserate

Gebr. Barg
Kohlmarkt 5
Lübeck.
Manufaktur- und Leinenwaren,
Aussenteuer-Artikel,
Damen- und Kinder-Konfektion,
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Ein-Kauf von Margarine
verlangt man ausdrücklich die
erstklassigen Margarinemarken
der Firma **A. L. Kohn**
O. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.
Overall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
K. Sachs. Lübeck,
Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufl.-K.
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brookesstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pöhl, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.
F.W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
F.W. Heyde, Königstr. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickerestr. 3. Tel. 1487.
H. Rühl, d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Biehsen, Königstr. 111. Tomb.,
Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien
Paul Burmeister, Lübeck, Lohberg 43.
Dampfbäckerei, B.U. Kondit.
Dampfbäckerei Hansa'
J. C. D. Junge & Co.
Verkausstellen in allen Stadtteilen.
Fischer-J. Eixmann, grube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.
Hilk. Höper, Beckerstr.
H. Jargstorff, Warendorpsstr. 36.
Fleischhauerstr.
R. Kasch, 52. Fein-, Weiß-
u. Grobbäckerei.
Wilk. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
A. Kettmann, Kond., Feinbäckerei.
Heinz Tamm, Wickerestr. 20.
E. Reinhold, Weiß-, Flein-, Grobbäckerei.
Meising, Grob.
John. Gode, Fein- u. Weißbäckerei.
L. Schönenmann, Reinfeld, Kirchsteig.
F. W. Steinhoff, Fein-, Weiß-, Grobb.
Joh. Elvers, Schlutup.
Lübeckerstr. 46.
Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.
Ad. Hinzelmann, Schlutup.
Schluttup., Wiesloherstr. 23.
Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup.
Lübeckerstr. 3.
Herm. Steffen, Secretz.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.

Georg Behnck,
Lübeck, Warendorpsstr. 4. Tel. 2186.
Central-Herdingungsinst.
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
H. Horenburg, in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn,
Wahlstr. 79. Übern. ganzer Beerd.
Eigen Leichen- u. Transportwagen.
G. Högl, Lübeck, Schwartau, Allee 193.
H. Griseb., Eutin, Weidestr. 14.
G. Wackenhut, Fackenb.
H. Högl, Renfeld, Cr. Lager in
Holz- und Metallsägen.

Beschlanstanstalten

G. Bartholtz, Lübeck, Schwartau 4.
Beschlanstanst., Elektric.
H. Faasch, Cr. Gröpelgrub 14.
Hansa "J. Dettmann",
Beckergrube 51.
W. Hinz, Schumacherstr. 33.
J. Kühnert, Warendorpsstr. 20.
H. Küttner, Mühlstr. 7.
Joh. Petersen, Kupferstr.
Johannes Voß, Hünstr. 3.
Johannes Voß, Hünstr. 90.

Betten, Bettfedern

Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 1.

Ernst Diederichs, Brookesstr. 25.

L. Duve, Große Burgstr. 32.

J. Jürgensen, Schwartauer Allee.

Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.

Hans Struve, Königstr. 89.

Richard Wagner, Reinfeld.

Max Kankel, Schlutup.

Brauereien

Trinkt →

Adler-Bier.

Alt-Lübecker Bierbrau Lüth

Lübecker Bürgerbräu, Braubier.

Eibschloss, M. Hofmann,

Hansstr. 75.

Kitt. Schlöss, H. A. Weis

Unterstr. 56.

Fennstr. 124.

Lübecker Hansa.

Bier.

Lübecker Getreisbier

Zur Walkmühle

H. Lück

Getreide Lagerstätte in Gehlen-
und Flüssig.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Repar.-Werksatell. Syst.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.

Fahrr., Hähmasch.

H. Baas, Lübeck, Mühlenstr. 2.

Packeng. Alice 15.

H. Benthien, Alice 15.